



**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen**

Ludwigsburg

University of Applied Science

Der demografische Wandel –
Folgen und Herausforderungen für die
Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades eines

Bachelor of Arts (B.A.)
gehobener Verwaltungsdienst
– Public Management –

vorgelegt von

Christoph Spieles

Studienjahr 2010 / 2011

Erstgutachter: Professor Dr. Richard Reschl
Zweitgutachter: Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Berthold Krist

I. Vorwort

Demografie ist in aller Munde, jeder hat es schon einmal gehört und weiß im Großen und Ganzen auch, was darunter zu verstehen ist.

Als es bei mir darum ging, ein Thema für die Bachelor-Thesis zu finden, war die erste Frage, in welche Richtung es eigentlich gehen soll. Ich tat mich relativ schwer, bis ich auf einer Veranstaltung den Hauptamtsleiter der Gemeinde Michelbach an der Bilz, Herrn Berthold Krist getroffen habe. Herr Krist brachte mir das Thema näher und meinte, dass dies für die Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall ein wichtiges Gebiet für die Zukunft ist.

So hatte ich mein Thema (und auch den Zweitkorrektor) gefunden und ich konnte mich an die Arbeit machen.

An dieser Stelle möchte ich mich in erster Linie bei Herrn Krist für die gute Unterstützung vor und während der Erstellung der Bachelor-Thesis bedanken.

Ein ganz besonderer Dank gilt meiner Frau und meinen drei Kindern, die in den letzten Wochen und Monaten, trotz der Ferienzeit, viel auf mich verzichten mussten.

Ich hoffe, dass sich der Aufwand gelohnt hat und dass das Thema Demografie nicht nur in den Köpfen bleibt, sondern dass sich auch etwas bewegen wird.

Aufgrund der besseren Lesbarkeit wurde in der Regel auf die weibliche Sprachform verzichtet. Ich bitte alle Leserinnen um Verständnis.

Ohrnberg, im September 2010

Christoph Spieles

II. Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort	II
II. Inhaltsverzeichnis	III
III. Abbildungsverzeichnis	IV
IV. Anlagenverzeichnis	V
1. Einleitung	2
2. Der demografische Wandel	4
2.1 Begriffserklärungen	4
2.2 Die Situation in Deutschland	5
2.3 Die Situation in Baden-Württemberg	9
2.4 Die Situation in den Kommunen	12
3. Die Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall	14
4. Auswirkungen und Probleme	16
4.1 Kindergartenplätze	17
4.2 Schülerzahlen	19
4.3 Wohnraum	22
4.4 Arbeitsmarkt und Wirtschaft	24
4.5 Ältere Menschen	27
4.6 Friedhofsflächen	34
4.7 Die Finanzen der Kommunen	35
5. Exkurs: Exemplarischer Lösungsansatz aus der Praxis	37
6. Strategie für die Kommunen	40
6.1 Vorbereitung und Sensibilisierung	42
6.2 Transparenz herstellen	43
6.3 Ziele und Strategien entwickeln	45
6.4 Handlungskonzepte erarbeiten und umsetzen	46
6.5 Langfristige Wirkungen analysieren und bewerten	47
7. Fazit	48
V. Anlage 1	VI
VI. Anlage 2	XXXI
VII. Anlage 3	XXXVIII
VIII. Anlage 4	XLII
IX. Anlage 5	XLV
X. Literaturverzeichnis	XLVII
XI. Erklärung	LII

III. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen und kreisfreien Städten 2003 bis 2020.....	7
Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung Baden-Württembergs bis 2008 und Entwicklung bis 2060.....	10
Abbildung 3: Bevölkerungspyramide Baden-Württemberg 2005 und 2050.....	11
Abbildung 4: Die Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall und ihre Lage im Landkreis.....	15
Abbildung 5: Schülerzahlen in Baden-Württemberg und zukünftige Entwicklung bis 2030 / 2031.....	20
Abbildung 6: Pflegebedürftige in Baden-Württemberg nach Art der Pflege 2007 und 2031.....	28
Abbildung 7: Strategiezyklus für die Entwicklung einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie	41

IV. Anlagenverzeichnis

- Anlage 1:** Auszug Geburtenzahlen –
Daten für Kindergartenbedarfsplan 2010.....VI
- Anlage 2:** Auszug Geburtenzahlen – künftige Grundschüler
der städtischen Grundschulen.....XXXI
- Anlage 3:** Lebensqualität durch Nähe im Rahmen von
LEADER in der Gemeinde Fichtenberg.....XXXVIII
- Anlage 4:** LQN-Gruppe 1: Themen und Projektübersicht... ..XLII
- Anlage 5:** Artikel der Hohenloher Zeitung vom 10.09.2010.....XLV

„Der demographische Wandel wird unsere Gesellschaft und unser Miteinander verändern. Welche vielfältigen Auswirkungen auf alle Lebensbereiche das mit sich bringt, beginnen wir in Deutschland gerade erst richtig zu erfassen. (...) [Die Herausforderungen] früh zu erkennen und Probleme offen zu benennen, ist der beste Weg, sie zu lösen. Es gilt, die richtigen Fragen zu stellen und gemeinsam nach tragfähigen Antworten zu suchen: Wie wollen wir in Zukunft leben?“¹

¹ Bundespräsident Horst Köhler auf der Homepage des Forums demographischer Wandel des Bundespräsidenten in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung.

1. Einleitung

Um das Thema demografischer Wandel werden zurzeit viele Diskussionen geführt, die Medien nehmen sich des Themas an und liefern dabei eine Vielzahl von Informationen. In Deutschland werden derzeit vor allem Krisenszenarien und die Risiken für die soziale Sicherung und unseren Wohlstand beschrieben.² Es werden überwiegend die negativen und Kostentreibenden Effekte des Rückgangs und der Alterung der Bevölkerung gesehen, die mit der demografischen Entwicklung verbundenen Chancen jedoch ignoriert.

Doch was ist der demografische Wandel überhaupt? In den Industriestaaten liegen die Risiken vor allem in der rapiden Alterung ihrer Gesellschaften und der im Vergleich zu den Entwicklungs- bzw. Schwellenländern relativen „Schrumpfung“ ihrer Bevölkerung.³ Das Problem des demografischen Wandels, wenn es überhaupt eines gibt, kann auch ein gänzlich anderes sein.

Kommunen im demografischen Wandel – das sind Städte und Gemeinden im Wettbewerb um Einwohner, um attraktive Standort- und gute Lebensbedingungen. Gleichzeitig sind es Kommunen, denen zu unterschiedlichen Zeitpunkten ein tief greifender Wandel in der Bevölkerungsstruktur bevorsteht.⁴ Jedenfalls macht dies deutlich, dass diese strukturellen demografischen Veränderungen zukünftig eine, wenn nicht sogar die zentrale Herausforderung für die Kommunen darstellen.⁵

Dabei wird es mit Sicherheit keine allgemeingültigen Regeln und Einheitslösungen geben. Vielmehr müssen sich die Kommunen dabei individuelle Lösungen auf lokaler Ebene suchen und auch individuell umsetzen. In den Kommunen wird der demografische Wandel dabei zur erfahrbaren Realität, denn hier vor Ort wird sich zeigen, ob die Städte und Gemeinden auf die demografischen Herausforderungen der Zukunft vorbereitet sind.⁶

² Vgl. Berger / Kahlert (Hrsg.), S. 9.

³ Vgl. Werz, Nikolaus (Hrsg.), S. 131.

⁴ Vgl. Bertelsmann-Stiftung – Handlungsansätze für die kommunale Praxis, S. 4.

⁵ Vgl. Reschl, Skript zur Vorlesung Soziologie.

⁶ Vgl. Bertelsmann-Stiftung – Handlungsansätze für die kommunale Praxis, S. 7.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit den Folgen und Herausforderungen des demografischen Wandels, speziell in der Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall. Dabei wird zuerst die jeweilige Situation der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Baden-Württemberg und die allgemeine Situation in den Kommunen erläutert. Es schließen sich dann Auswirkungen und Problemfelder an, die insbesondere auf die Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall zukommen werden. Anschließend wird durch ein exemplarisches Beispiel aus der Praxis gezeigt, welche Möglichkeiten für eine Kommune bestehen können. Dann wird eine Strategie für die Kommunen vorgestellt, die dabei helfen soll, wie die notwendigen Veränderungsprozesse des demografischen Wandels gestaltet werden können.

Es muss speziell für das Land Baden-Württemberg, die einzelnen Landkreise und Kommunen sowie für die Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall spezielle Lösungen erarbeitet und umgesetzt werden.

Es ist an der Zeit, sich dringend mit einem vielfältigen und durchdachten Maßnahmenprogramm für die Zukunft zu rüsten. Die richtige Vorgehensweise ist allerdings noch nicht richtig greifbar. Man weiß eigentlich nicht, wo man anfangen und wie man es anpacken soll.

Keiner von uns kann in die Zukunft schauen und sagen, dass dieses oder jenes Szenario eintreffen wird und wie wir in 50 Jahren leben werden. Doch wie schon bereits Perikles sagte: „Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorherzusagen, sondern auf sie vorbereitet zu sein.“⁷

⁷ Perikles (495 – 429 v. Chr.), griechischer Staatsmann.

2. Der demografische Wandel

2.1 Begriffserklärungen

Demografie kommt aus dem griechischen (demo: Bevölkerung, grafie: Lehre) und bezeichnet die wissenschaftliche Erforschung des Zustandes der Bevölkerung und ihrer zahlenmäßigen Veränderungen in Bezug auf Geburtenrate, Zu- und Abwanderungen, Altersaufbau, usw.⁸

Im Fremdwörterbuch des Dudens wird Demografie als „die Beschreibung der wirtschafts- und sozialpolitischen Bevölkerungsbewegung“ beschrieben. Oder einfach ausgedrückt: Die Beschreibung und Analyse der Größe, Verteilung, Struktur und Veränderung von Populationen.⁹

Es kann sich dabei sowohl um eine Zunahme als auch um eine Abnahme der Bevölkerung handeln, was zuerst einmal weder positiv noch negativ etwas bedeuten muss. Das heißt, dass durch Berechnungen der vielen verschiedenen, zum Teil o. g. und vieler weiteren Kriterien, vor allem die Statistischen Landesämter sowie das Statistische Bundesamt Daten erheben und diese fortschreiben. Dies wiederum bedeutet, dass die Berechnungen vor allem auf der Grundlage von Annahmen beruhen. Treffen diese Annahmen nicht ein bzw. nicht so ein, wie man dies vermutet hat, ergeben sich auf einmal ganz andere Zahlen als vorher berechnet wurden.

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg geht bei seiner jüngsten Bevölkerungsvorausrechnung bis zum Jahr 2060 von folgenden drei Annahmen aus: Die Geburtenrate bleibt im Durchschnitt mit 1,37 Kindern je Frau so niedrig wie bisher, die Lebenserwartung der Menschen steigt bis 2060 noch um rund sechs bis sieben Jahre an (in 2060: Männer ~ 85 Jahre, Frauen ~ 89 Jahre) und die Zuwanderungsrate steigt wieder leicht an. Unter diesen Bedingungen würde die Einwohnerzahl Baden-Württembergs bis 2060 auf knapp 9,1 Millionen Einwohner zurückgehen.¹⁰ Diese Annahmen beruhen auf Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte, also auf Zahlen der Vergangenheit. Prognosen werden dabei aber nicht abgegeben, sondern allenfalls Vorausberechnungen, wie sich die Bevöl-

⁸ Vgl. Schubert / Klein, 2006.

⁹ Vgl. Schimany, S. 15.

¹⁰ Vgl. Statistisches Monatsheft 02 / 2010, S. 5 ff.

kerung unter Zugrundelegung bestimmter, der o. g. Annahmen entwickeln wird. Den Rahmen für die regionale Bevölkerungsvorausrechnung stellt die Vorausberechnung für das gesamte Land Baden-Württemberg mit den ihren zugrunde liegenden Annahmen. Sie können keine „Vorhersagen“ sein, liefern aber wesentliche Orientierungspunkte über künftige Entwicklungen von Zahl und Altersstruktur der Bevölkerung.¹¹

Da die Geburten- und Sterblichkeitsrate einen relativ kontinuierlichen Verlauf aufweisen und deren Entwicklung recht überschaubar ist, sind hingegen Zu- und Abwanderungen nur sehr schwer und mit einem Unsicherheitsfaktor zu schätzen. Wanderungen sind stark von politischen, gesetzlichen und administrativen Faktoren abhängig und können deshalb auch sehr schnell von der Wirklichkeit überholt werden. Deshalb werden zu meist mehrere verschiedene Annahmen zum Verlauf der Komponenten getroffen. Die Kombination dieser Annahmen ergibt dann unterschiedliche Varianten der Bevölkerungsvorausrechnung. Diese Ergebnisse sind also immer nur im Zusammenhang der jeweils getroffenen Mutmaßungen interpretierbar.

Das Statistische Landesamt legt z. B. zwei Varianten für die Bevölkerungsberechnung zu Grunde: Eine Hauptvariante mit einem Wanderungsgewinn ab dem Jahr 2012 mit +10.000 Menschen, und die sogenannte Nebenvariante, die sich stärker an der längerfristig vergangenen Entwicklung orientiert und auch Schwankungen in Höhe der Wanderungsströme berücksichtigt. So werden ab dem Jahr 2012 Nettozuwanderungen von rund +20.000 Personen pro Jahr zu Grunde gelegt.¹²

2.2 Die Situation in Deutschland

„Unsere Gesellschaft verändert sich. Wir werden weniger, älter, bunter und vereinzelter“, so die Aussage von Dorit Klüver von der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur des Landes Niedersachsen.¹³

Die Bevölkerung schrumpft, das Verhältnis von Jungen zu Alten verändert

¹¹ Vgl. Statistisches Monatsheft, 05 / 2010, S. 15.

¹² Vgl. Statistisches Monatsheft, 02 / 2010, S. 6.

¹³ Vgl. Ausstellung Demografie und kulturelle Orte im niedersächsischen Landtag 2009.

sich dramatisch. Insbesondere Akademikerinnen bekommen wenig Kinder, Immigrantenkinder werden nicht ausreichend integriert, Versorgungszusagen erzeugen eine bedrohliche Schieflage im Umlagesystem, wenn die Baby-Boomer in Rente oder Pension gehen, der Durchschnittswähler ist über 50 Jahre alt.¹⁴ Dabei gibt es aber durchaus Unterschiede: Während einige Kommunen teilweise noch wachsen werden, befinden sich andere Kommunen bereits mitten im demografischen Wandel.

Während in den Jahren nach der Wiedervereinigung Deutschlands vor allem ostdeutsche Kommunen und Regionen betroffen waren, werden in Zukunft alle Kommunen in Deutschland die Auswirkungen zu spüren bekommen. Allerdings sind nicht überall gleiche Lebensbedingungen und Voraussetzungen vorhanden, so dass die regionalen Unterschiede zu beachten sind. Vor allem vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise sind der Staat und die Kommunen aufgefordert, diese zentrale Zukunftsaufgabe mit passenden Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsstrategien zu entwickeln.¹⁵

Vielen stellt sich auch immer wieder die Frage, wie es überhaupt so weit kommen konnte. Die Ursachen dafür liegen schon lange zurück und zogen sich über Jahrzehnte hinweg. Die Bevölkerung jedes Landes, jeder Region und jeder Gemeinde ist ständigen Veränderungen unterworfen. Dies geschieht durch Geburten und Sterbefälle sowie durch Zu- und Abwanderungen gegenüber anderen Gebieten des gleichen Landes (Binnenwanderungen) bzw. gegenüber dem Ausland (Außenwanderungen).¹⁶ Die Fertilität (Geburtenrate / Anzahl der Kinder, die eine Frau in ihrem Leben bekommt) ist dabei der wichtigste Faktor. Das Bestandserhaltungsniveau liegt heute bei ca. 2,1 Kindern, die jede Frau durchschnittlich bekommen müsste, damit die nachfolgende Generation zahlenmäßig voll ersetzt werden kann.¹⁷ Die Realität sieht anders aus: Bereits seit 1856 hat jeder Frauenjahrgang weniger Kinder geboren als der vorangegangene (abgesehen von der „Baby-Boom-Generation“ der Jahre 1956 – 1964). So

¹⁴ Vgl. Bertelsmann-Stiftung – Handlungsansätze für die kommunale Praxis, S. 6.

¹⁵ Ebd., S. 4.

¹⁶ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Heft 282, Bevölkerungsentwicklung.

¹⁷ Vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 2009.

ging das Bestandserhaltungsniveau kontinuierlich zurück und pendelt sich nunmehr bei knapp unter 1,4 (bisweilen zwischen 1,30 – 1,38) ein. Da aber durchschnittlich mehr Jungen als Mädchen geboren werden, Frauen aber als einzige zur Bestandserhaltung beitragen können, ist auch die Annahme von 2,0 nicht ausreichend.¹⁸

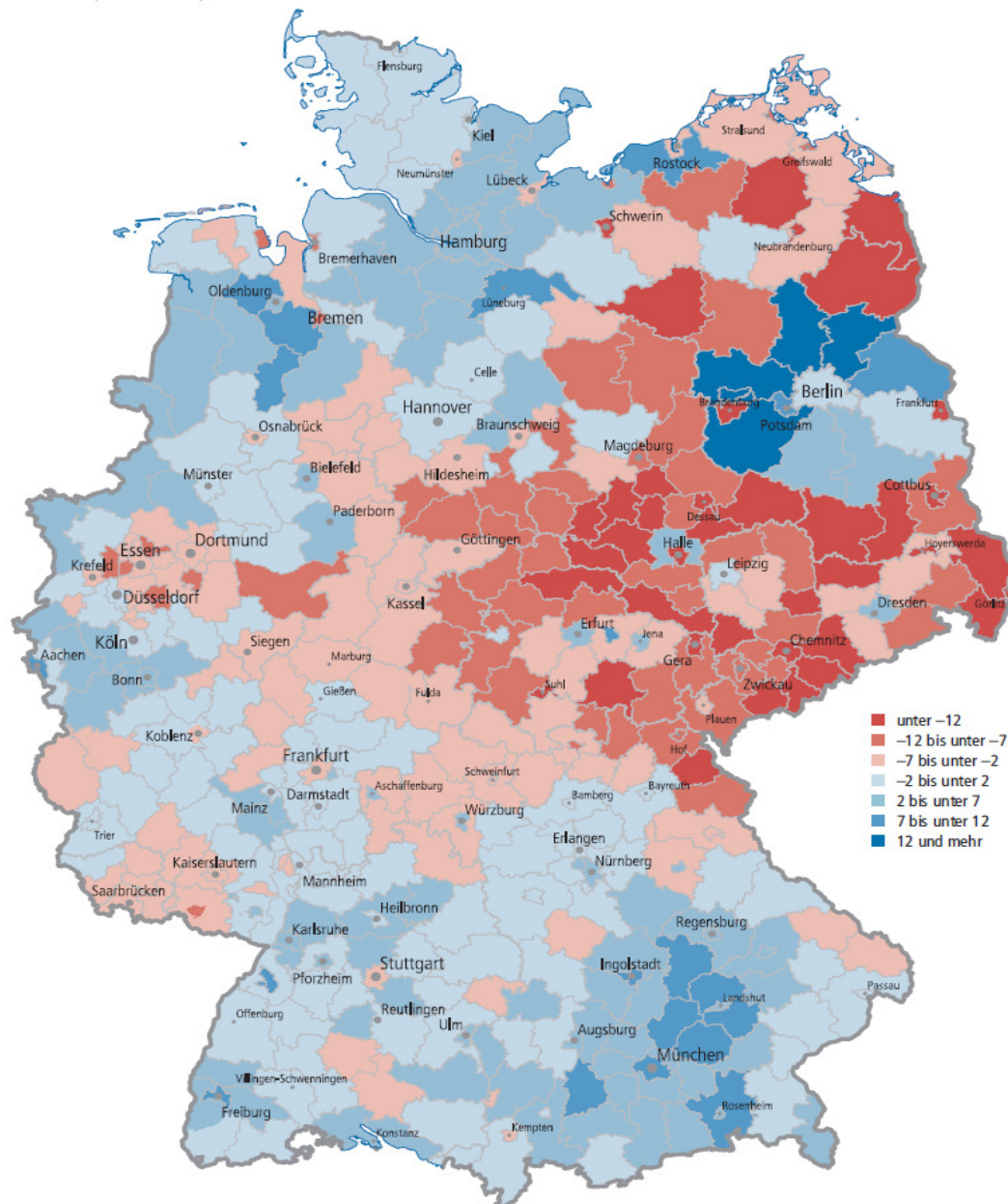


Abbildung 1:¹⁹

Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen und kreisfreien Städten von 2003 bis 2020

¹⁸ Vgl. Schinkel, S. 11, Fußnote.

¹⁹ Vgl. Bertelsmann-Stiftung – Wegweiser demografischer Wandel 2020, S. 15.

Bereits seit 1972 werden in Deutschland immer weniger Menschen geboren als sterben. Aber selbst, wenn es gelingen könnte, das derzeitige Bestandserhaltungsniveau zu halten, würde sich nicht automatisch die Situation ändern, da auch die Reproduktion geringer werden würde.

Außerdem nimmt die Zahl der Familiengründungen allgemein ab und es ist ein Trend abzusehen, dass sich immer mehr junge Menschen bewusst gegen Familie entscheiden und erst in späteren Jahren, nach Ausbildung, Studium und gefestigtem Leben sich mit diesem Thema auseinandersetzen.

Ein weiterer Grund ist die Alterung. Diese beschreibt den Prozess, der die Veränderung der Altersstruktur zur Folge hat. Seit 1950 ist z. B. der Anteil der über 60-Jährigen stetig gestiegen und der Anteil der Kinder und Jugendlichen von 0 bis 20 Jahren gesunken.²⁰ Ursache dafür ist die gesunkene Mortalität (Sterblichkeit), d. h. das Verhältnis der Todesfälle zur Gesamtzahl der Personen.²¹ Die Alterung wird durch die steigende Lebenserwartung der Menschen noch verstärkt. Von einer weiterhin steigenden Lebenserwartung wird auch noch ausgegangen, da der technisch-medizinische Fortschritt weitergeht.

Als letzte demografische Komponente ist noch die Migration zu nennen, d. h. die „Wanderung von Individuen oder Gruppen im geografischen oder sozialen Raum“.²² Auch wenn sich die Bundesrepublik nicht als Einwanderungsland versteht, war über Jahrzehnte der Beitrag von Ein- und Auswanderungen zur Bevölkerungsentwicklung wesentlich größer als der Saldo aus Fertilität und Mortalität.²³ Durch massive Ereignisse, die teilweise miteinander zusammenhängen, wurde der demografische Wandel überlagert. Hier sind im Wesentlichen der Zusammenbruch des Ostblocks (Wanderungen von Ost nach West und Zuzug von Aussiedlern) sowie der Bürgerkrieg auf dem Balkan zu nennen. So konnte das wiedervereinigte Deutschland 1990 seine Einwohnerzahl von knapp 80 Millionen auf über 82 Millionen erhöhen und dass, obwohl immer weniger Kinder geboren

²⁰ Vgl. Schäfers / Zapf, S. 82.

²¹ Vgl. Duden – Das kleine Fremdwörterlexikon, S. 307.

²² Ebd., S. 298.

²³ Vgl. Schäfers / Zapf, S. 81.

wurden und sich ein Sterbeüberschuss von ca. 800.000 ergab. Diese Entwicklung ist auf den Zuwanderungsgewinn von ca. 3,3 Millionen Personen zurückzuführen.²⁴

Die Bevölkerung in Deutschland wird in Zukunft zurückgehen und zusehends altern. Zurzeit gehören ca. 20% der Bevölkerung zu den über 65-jährigen, bis 2060 wird es bereits jeder Dritte (34%) sein. Bei den „hochbetagten“ – 80-Jährige und älter – wird sich die Zahl von heute ca. 4 Millionen auf ca. 10 Millionen im Jahr 2050 erhöhen.²⁵ Alle Prognosen gehen von einem Bevölkerungsrückgang aus – im Jahr 2060 werden es nur noch zwischen ca. 65 und 70 Millionen Einwohner sein, da die Zahl der Sterbefälle in Deutschland nunmehr höher ist als die Zahl der neugeborenen Kinder. Auch die Netto-Wanderungsgewinne werden diese Tendenz nicht mehr aufhalten bzw. ausgleichen. Die Einwohnerzahl wird dadurch zwar nur um ca. eine halbe Million Einwohner abnehmen, allerdings wird die Binnenwanderung durch jährlich 4,8 Millionen Wohnortwechsel zwischen den Kommunen Deutschland in Gewinner- und Verlierergemeinden einteilen.²⁶

Dies bedeutet: Deutschland wird im 21. Jahrhundert weniger Einwohner, ein deutlich höheres Durchschnittsalter und einen höheren Anteil von ausländischen Mitmenschen aufweisen.²⁷

2.3 Die Situation in Baden-Württemberg

Am 04. August 2010 wurde es offiziell: In seinen Pressemitteilungen 245 – 257 / 2010 teilte das Statistische Landesamt mit, dass der Bevölkerungsrückgang sich fortsetzt. Jahrzehntelang war Baden-Württemberg das Bundesland, in dem die Bevölkerung, vor allem durch enorme Zuwanderung, stetig anstieg. Aufgrund seiner jungen Einwohner konnte Baden-Württemberg (Durchschnittsalter Ende 2009: 42,5 Jahre und damit die jüngste in Deutschland) zwischen 2001 und 2005 sogar als einziges Bun-

²⁴ Vgl. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3 / 4.2004, S. 110.

²⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung 2009, S. 5.

²⁶ Vgl. Birg, Die ausgefallene Generation, S. 67.

²⁷ Vgl. Schäfers / Zapf, S. 85.

desland in Deutschland einen Geburtenüberschuss erzielen. Erst seit 2008 ist die Einwohnerzahl leicht rückläufig. Allerdings hat sich das Geburtendefizit von 2008 (4.500) im Jahr 2009 mit knapp 7.900 fast verdoppelt. Dies ist das größte Minus seit Gründung des Südweststaates 1952.²⁸ Aber auch diese relativ jungen Einwohner werden dann allerdings auch in einem Maße altern, wie wir es noch nicht erlebt haben.²⁹ Bereits im Jahr 2000 gab es eine Zäsur: Erstmals lebten in Baden-Württemberg mehr über 60-Jährige als unter 20-Jährige.

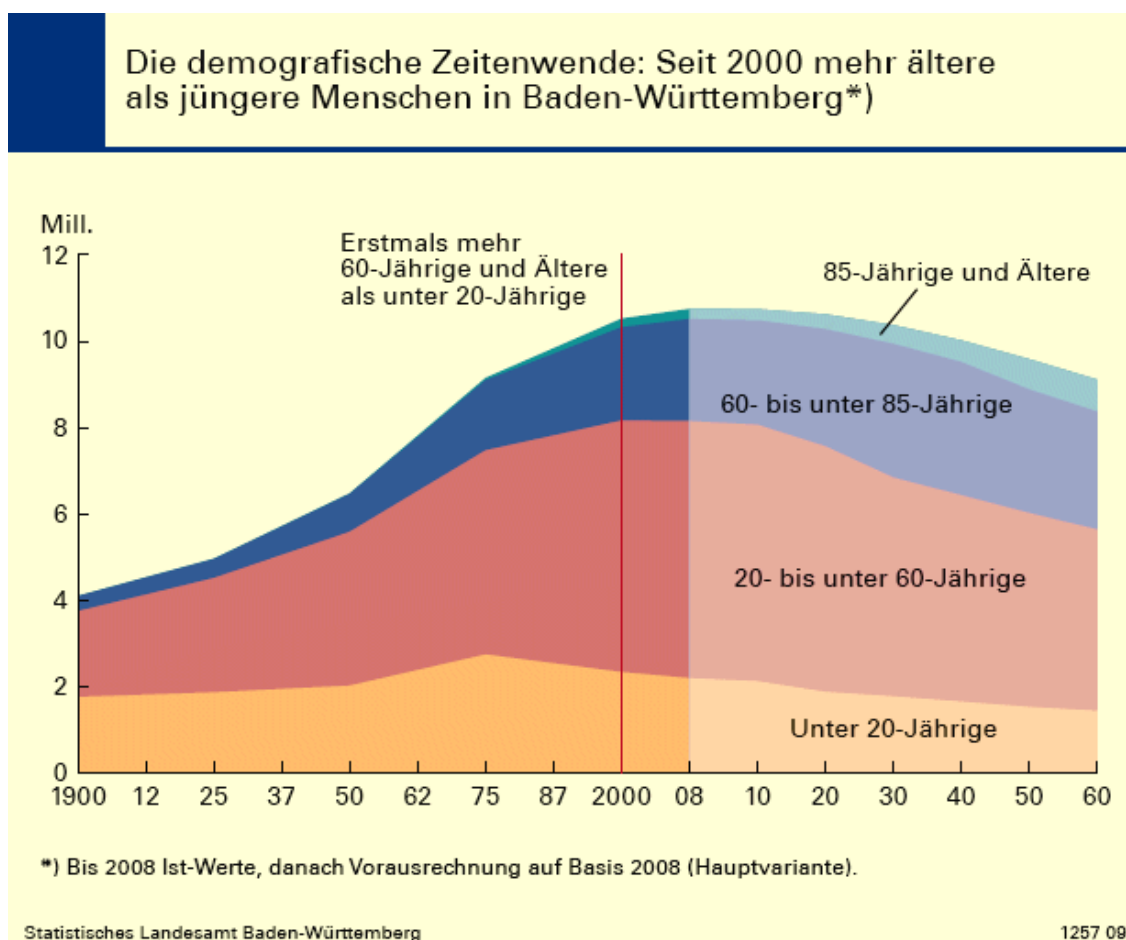


Abbildung 2:³⁰

Bevölkerungsentwicklung Baden-Württembergs bis 2008 und Entwicklung bis 2060

²⁸ Vgl. Statistisches Landesamt, Pressemitteilung 256 / 2010.

²⁹ Vgl. Statistische Analysen 01 / 2009, S. 11.

³⁰ Vgl. Statistisches Monatsheft 02 / 2010, S. 5.

Besonders vor dem Hintergrund der angespannten Kassenlage bei Bund, Ländern und Gemeinden wird der Handlungsspielraum dabei stark beeinträchtigt. Auch das „Musterländle“ wird dabei nicht vom demografischen Wandel verschont bleiben und dieses wird sich in allen Lebensbereichen sowie in der Entwicklung der jeweiligen Kommunen auswirken.

Besonders die Zuwanderung, der Motor der Bevölkerungsentwicklung im Land, stockt gewaltig. So lag der Wanderungsgewinn im Jahr 2009 nur noch bei 3.400 Personen, während es 2008 immerhin noch 4.400 waren. Zum Vergleich: Noch 2001 hatte Baden-Württemberg einen Wanderungsgewinn von 69.000 Menschen zu verzeichnen.³¹

Das Land Baden-Württemberg wird mit jedem Jahr weniger Einwohner haben. Bis zum Jahr 2060 könnte das Land von momentan 10,7 Millionen auf nur noch ca. 9,1 Millionen Einwohnern schrumpfen.

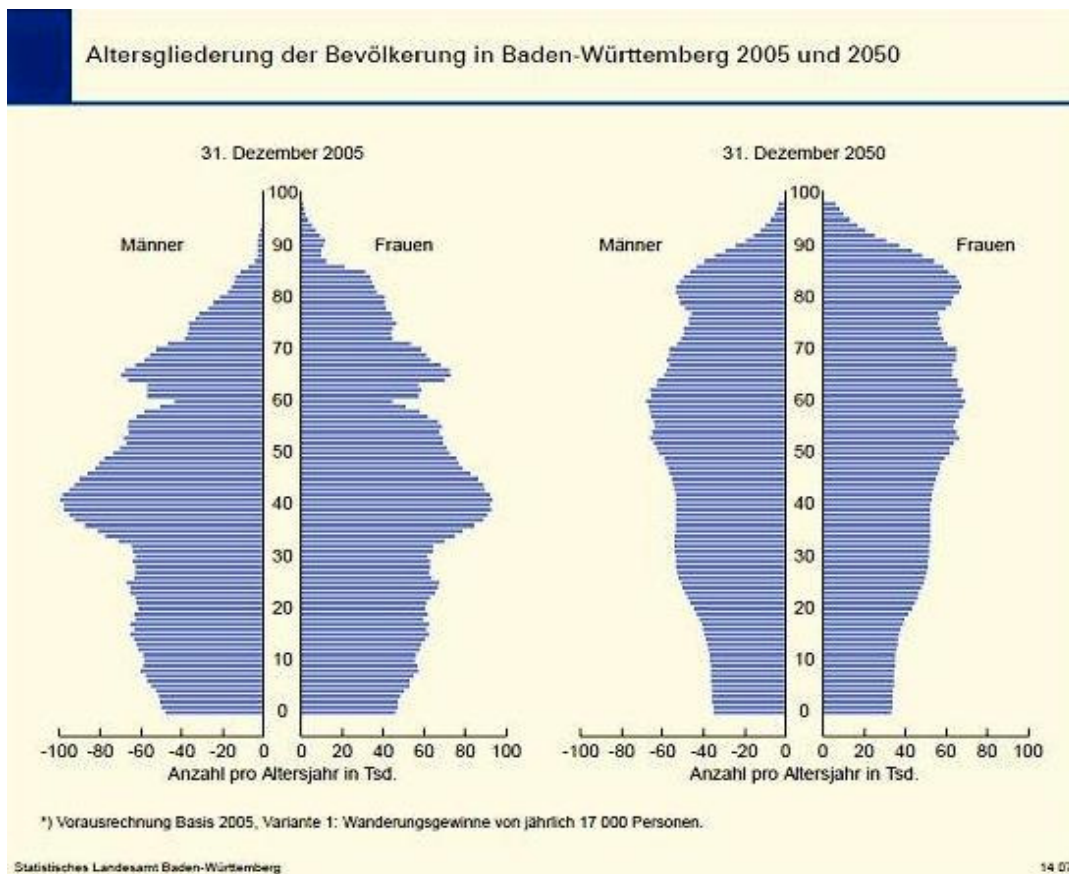


Abbildung 3:³²

Bevölkerungspyramide Baden-Württemberg 2005 und 2050

³¹ Vgl. Statistisches Monatsheft 02 / 2010, S. 5.

³² Vgl. Statistisches Monatsheft 02 / 2007, S. 7.

Das Problem ist vor allem aber auch hier, dass immer weniger Menschen geboren werden und so die „junge Generation“ einfach fehlt. Der Anteil der 30-Jährigen wird sich auf 16% der Bevölkerung verringern, während sich der Anteil der ab 60-Jährigen auf 38% erhöhen wird. Nach 2030 steigt das Durchschnittsalter auf 49,5 Jahre an, da sich dann die heute 40-Jährigen in der Gruppe der 60-Jährigen befinden. Auch wird sich die Lebenserwartung in Baden-Württemberg, der sowieso schon höchsten im Bundesgebiet, weiter erhöhen: Von derzeit 83,3 Jahren bei Frauen und 78,6 Jahren bei Männern wird angenommen, dass diese bis 2060 noch um ca. 6-7 Jahre ansteigen wird.³³ Die Gründe liegen in einer besseren Lebensqualität und dem weiteren medizinischen Fortschritt, der sich allerdings langsamer entwickeln dürfte als in den letzten 100 Jahren. Dies bedeutet auch, dass die Gruppe der Hochbetagten weiter ansteigen wird. Es wird angenommen, dass rund 740.000 Einwohner im Jahr 2060 zu dieser Gruppe gehören werden. Auch die Zahl der Pflegefälle dürfte damit rapide ansteigen.

2.4 Die Situation in den Kommunen

Die Kommunen befinden sich in einem „Wettkampf“, nämlich um Standort- und Lebensbedingungen sowie um Einwohner. Hier wird die Veränderung des demografischen Wandels zur erfahrbaren Realität. Jede Kommune muss dabei ihren eigenen Weg gehen, da es auch im „reichen“ Südweststaat teilweise immense regionale Unterschiede gibt. Von den 1.102 Gemeinden im Land haben über die Hälfte weniger als 5.000 Einwohner und gehören demnach zum Ländlichen Raum. Der Ländliche Raum wird mit Sicherheit auch in Zukunft ein attraktiver Wohnort bleiben, denn Familien mit Kindern ziehen ihm ein Leben in einer Großstadt vor. Zudem wird dort auch bezahlbarer Wohnraum angeboten. Die wichtigsten Themen für Familien sind zum Einen die Vereinbarkeit mit dem Beruf, das Bildungsangebot der Kommunen, die Nahversorgung, der Öffentliche-Personen-

³³ Vgl. Statistische Analysen 01 / 2009, S. 6.

Nahverkehr und vor allem eine schnelle Internetverbindung.³⁴

Auf der anderen Seite ist das Wohnen in der Stadt wieder „in“, da die Menschen, auch aufgrund von immer höher werdenden Kosten der Mobilität, näher am Arbeitsplatz wohnen möchten und man zudem im Alter infrastrukturell besser versorgt ist: Ärzte, Krankenhäuser, Einkaufsmöglichkeiten stehen unmittelbar zur Verfügung. Der demografische Wandel betrifft vor allem die kommunale Infrastruktur. Damit werden für manche Kommunen gravierende Veränderungen verbunden sein. Es ist die Frage zu stellen, welchen gesetzlichen Rahmen die Kommunen benötigen, um den demografischen Wandel aktiv gestalten zu können.

Anders ausgedrückt: Die Kommunen werden mit wachsenden Aufgaben konfrontiert und dies mit immer kleiner werdenden Handlungsspielräumen und sinkender Finanzkraft. Besonders die Großstädte werden mit dem geballten Zusammentreffen der gesellschaftlichen Probleme zu kämpfen haben, während der Ländliche Raum mit Abwanderungen und der Nahversorgung ganz andere Aufgaben zu bewältigen hat.

³⁴ Vgl. Döring, S. 92.

3. Die Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall

Die Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall nahm ihre Arbeit am 01.01.1975 durch Inkrafttreten der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Gemeinden Michelbach an der Bilz, Michelfeld, Rosengarten und der Stadt Schwäbisch Hall auf.

Der gemeinsame Ausschuss gilt dabei als das Hauptorgan der Verwaltungsgemeinschaft und hat eine Größe von 17 Mitgliedern. Er besteht aus den Bürgermeistern der an der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft beteiligten Gemeinden und 13 weiteren Vertretern, von denen einer auf die Gemeinde Michelbach an der Bilz, einer auf die Gemeinde Michelfeld, zwei auf die Gemeinde Rosengarten und neun auf die Stadt Schwäbisch Hall entfallen. Die weiteren Vertreter einer jeden Gemeinde werden nach jeder regelmäßigen Wahl der Gemeinderäte von dem neugebildeten Gemeinderat aus seiner Mitte gewählt. Den Vorsitz des gemeinsamen Ausschusses führt jeweils der Oberbürgermeister von Schwäbisch Hall.³⁵

Die Stadt Schwäbisch Hall zählt derzeit 36.451 Einwohner auf einer Gemarkungsfläche von 104,23 km². Sie ist die größte Stadt im Landkreis und als Große Kreisstadt gleichzeitig Sitz der Kreisverwaltung. Schwäbisch Hall bildet ein Mittelzentrum.

Die Gemeinde Michelfeld liegt westlich von Schwäbisch Hall, hat 3.607 Einwohner und eine Gemarkungsfläche von 35,22 km², die Gemeinde Rosengarten hat 5.144 Einwohner auf einer Größe von 31,02 km² und die Gemeinde Michelbach an der Bilz 3.458 Einwohner auf 17,69 km² Fläche.

³⁵ Vgl. öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Erfüllung der Aufgaben eines Gemeindeverwaltungsverbandes (vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft) in der Fassung vom 28. September 1977.



Abbildung 4: ³⁶

Die Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall und ihre Lage im Landkreis

³⁶ Vgl. http://www.de.wikipedia.org/wiki/Schwäbisch_Hall [03.09.2010].

4. Auswirkungen und Probleme

Unbestritten dürfte sein, dass wir uns in einer Transformationsgesellschaft befinden, d. h. einer Gesellschaft im Übergang, in der die alten Institutionen und Traditionen nicht mehr tragen, aber neue noch nicht gefunden sind. Aber auch die Menschen sind ganz anders geworden, als dies früher, vor 30 Jahren, noch der Fall war. Ein Wertewandel hat Einzug gehalten: Pflicht- und Akzeptanzwerte verlieren an Bedeutung, während Selbstentfaltungswerte aufgewertet wurden.³⁷

Für Städte und Gemeinden liegen die Folgen auf der Hand. Während sich das Leben der Menschen zunehmend entstandardisiert, sind die Institutionen (vom Kindergarten über die Schule bis zum Alten- und Pflegeheim) noch weitgehend auf standardisierte Lebensverläufe zugeschnitten. Wer heute (noch) Kindergärten oder Schulen baut oder morgen Altenheime, muss dabei stets daran denken, ob sie in Zukunft auch eine andere Funktion erfüllen könnten. Das ist eine der Lektionen, die die demografische Entwicklung für Städte und Gemeinden bereit hält.³⁸ Die Folgen für die Städte sind bekannt: Es ist eine kommunale Aufgabe, die Familien zu unterstützen durch ein Betreuungsangebot, das quantitativ ausreichend, qualitativ hochwertig und flexibel genug ist, um den veränderten Lebens- und Arbeitsverhältnissen der heutigen Zeit zu entsprechen. Darüber hinaus können lokale Politiker ein Klima schaffen, in dem Unternehmen eine Philosophie und Praxis entwickeln, die aktiv Rücksicht nehmen auf die Tatsache, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Kinder oder (zu pflegende) Eltern haben. Doch warum gibt es eklatante Unterschiede in den Regionen? Menschen gehen vorrangig dorthin, wo sie Arbeit finden und entsprechende Unternehmen vor Ort sind. Für das Leben sind die Kommunen wichtig, weil sich dort das Miteinander findet, das kulturelle Leben entfaltet. Die Rahmenbedingungen müssen stimmen und / oder geschaffen werden. Weniger Einwohner bedeuten nämlich auch weniger Steuereinnahmen und weniger Schlüsselzuweisungen nach der Einwohnerzahl.

³⁷ Vgl. Reschl, Skript zur Vorlesung.

³⁸ Vgl. Informationen zur politischen Bildung, Heft 282, 2004.

Für die ländlichen Gebiete bedeutet das nicht nur einen Rückgang der Bevölkerung in absoluten Zahlen, sondern eine hier tatsächlich nachteilige Veränderung der altersmäßigen Bevölkerungszusammensetzung. Noch schwieriger, als in diesen Gebieten allgemeine Infrastrukturen aufrechtzuerhalten, wird es sein, Infrastrukturen für junge Menschen, also vor allem Schulen und Kindergärten, weiterhin zur Verfügung zu stellen. Das führt dann zu einem sich selbst verstärkenden Effekt, der noch mehr junge Menschen zur Abwanderung aus diesen Gebieten bewegen wird.

Unstrittig ist aber auch, dass vor allem das bürgerschaftliche Engagement weiter ausgebaut werden muss. Ohne die unzähligen freiwilligen Helfer in Vereinen, Kirchen und sozialen Diensten, im Kulturbereich oder im Umweltschutz könnten viele Aufgaben nur zum Teil oder gar nicht bewältigt werden.³⁹ So ist der demografische Wandel als Chance zu sehen, dass das Ehrenamt eine Vielzahl von Anregungen und Hilfen in den Kommunen leisten und ausbauen kann. Aber auch hier gilt, dass es keine Allheilmittel geben wird, sondern dass jede Gemeinde ihren eigenen Weg auf ihre spezielle Situation angepasst, finden muss.

So werden auch in der Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall die Auswirkungen des demografischen Wandels deutlich spürbar sein. Die beteiligten Kommunen müssen auch ihren eigenen Weg finden, aber bei vielen Projekten kann und muss man in Zukunft besser und tiefer zusammenarbeiten, um die Probleme angehen und bewältigen zu können.

4.1 Kindergartenplätze

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich die Zahl der betreuten unter Dreijährigen vervierfacht. Bund und Länder haben sich bereits vor einiger Zeit darauf geeinigt, dass bis zum Jahr 2013 für im Durchschnitt 35% der unter Dreijährigen ein Betreuungsangebot vorhanden sein muss. Allerdings gibt es erhebliche regionale Unterschiede, besonders zwischen Verdichtungsräumen und ländlichem Raum.⁴⁰ Die Kinderbetreuung wird in

³⁹ Vgl. Bertelsmann-Stiftung – Handlungsansätze für die kommunale Praxis, S. 24.

⁴⁰ Vgl. Statistisches Landesamt, Statistik aktuell, 2008, S. 1.

Zukunft für die Familien ein immer wichtigeres Themenfeld. Viele Familien können es sich finanziell einfach nicht mehr leisten, auf ein zweites Gehalt zu verzichten, um so seinen einmal erreichten Lebensstandard halten zu können. Der klassische Weg, Kinder erst ab drei Jahren in die Kinderbetreuung zu geben, wird dabei wohl immer mehr in den Hintergrund treten. Heute müssen Kommunen eine Kinderbetreuung schon für unter Dreijährige, d. h. im Prinzip spätestens ab dem ersten Lebensjahr eines Kindes zur Verfügung stellen, um als Wohn- und Arbeitsort attraktiv zu sein. In der Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall gibt es zurzeit 38 Kindergärten, davon sind 23 in kommunaler Hand. In der Gemeinde Rosengarten wird bereits jetzt schon in einer Einrichtung die Betreuung von Einjährigen angeboten. In Schwäbisch Hall gibt es die Möglichkeit für unter Zweijährige in drei Einrichtungen und für unter Dreijährige in sieben. In Michelbach an der Bilz können die Kinder mit $2\frac{3}{4}$ in die Betreuung gegeben werden. Dort hat sich auch eine Elterninitiative zusammengefunden, um einen Waldkindergarten zu errichten. Zurzeit laufen Gespräche zwischen Gemeinderat, Verwaltung und Elternvertretern.

Auch die Ganztagesbetreuung wurde und wird, im Zuge des vor fünf Jahren vom damaligen Ministerpräsidenten Oettinger ins Leben gerufenen Projektes „Kinderland Baden-Württemberg“, kontinuierlich ausgebaut. Dies ist ein wichtiger und richtiger Schritt, denn auch die Zahl von Alleinerziehenden wächst und, wie oben bereits beschrieben, auch die Zahl der Doppelverdiener.

Auch die benötigten Investitionen für einen Umbau in Ganztagesbetreuung rentieren sich. Wenn man mehr Müttern und Vätern die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ermöglichen könnte, wären dadurch Steuereinnahmen von ca. sechs Milliarden Euro, sowie Sozialversicherungsbeträge von ca. 8,5 Milliarden Euro möglich. Dadurch würde sich auch eine Verringerung der Aufstocker mit Leistungen aus dem SGB II („Hartz IV“) erzielen lassen. Des Weiteren würde man natürlich weitere Arbeitsplätze im Bereich der Kinderbetreuung benötigen und schaffen, so dass dort wiederum Steuern und Sozialversicherungsbeiträge anfallen würden. Die Betriebsausgaben dieser Einrichtungen würden die Einnahmeeffekte bei wei-

tem übersteigen. Zu bedenken ist aber nun mal auch, dass immer weniger Kinder geboren werden und somit zwangsläufig auch immer weniger Kinder betreut werden müssen. Es wird über kurz oder lang zu Schließungen von Kindergartengruppen, teilweise auch zu Schließungen ganzer Kindergärten kommen.

Die vorhandenen Kindergartenplätze in der Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall reichen nach der vorgenommenen Vorausberechnung aus, um die geborenen und noch zuziehenden Kinder in Kindertagesstätten aufnehmen zu können.⁴¹ Selbst wenn sich kurzzeitig die Anzahl der unter Dreijährigen erhöht, kommt es hier zu keinem Engpass in der Betreuung. Auch in der Verwaltungsgemeinschaft muss man sich in den nächsten Jahrzehnten auf weniger Kindernachwuchs einstellen.

4.2 Schülerzahlen

Der Trend, dass die Schülerzahlen weiter zurückgehen, hat sich fortgesetzt. 1,254 Millionen Schülerinnen und Schüler besuchten im Schuljahr 2008 / 2009 allgemeinbildende Schulen in Baden-Württemberg. Ab dem Jahr 2030 werden vermutlich diese Schulen weniger als eine Million Schülerinnen und Schüler unterrichten. Bis zum Jahr 2030 gehen die Zahlen sogar auf gut 954.000 Gesamtschüler zurück und dies entspricht damit gerade einmal Dreiviertel der Schülerzahlen des Schuljahres 2008 / 2009.⁴²

Besonders durch den Geburtenrückgang werden immer weniger Schülerinnen und Schüler eingeschult. So werden die Grundschulen mit immer weniger schulpflichtigen Kindern konfrontiert und bis zum Jahr 2030 werden nur noch ca. 335.000 Kinder eine Grundschule besuchen. Ebenso die Hauptschulen (mit den neuen Werkrealschulen) werden eine Schrumpfung erleben. Man erwartet dort einen Rückgang der Schülerzahlen auf ca. 118.000. Hier ist aber nicht allein der demografische Wandel schuld, denn viele Familien haben sich von der Hauptschule verabschiedet und

⁴¹ Vgl. Anlage 1.

⁴² Vgl. Statistisches Monatsheft 03 / 2010, S. 3.

wollen ihre Kinder, auf Grund deren schlechten Rufes, nicht auf eine Hauptschule schicken. So werden auch die Realschulen werden bis 2030 ca. 22% ihrer Schülerzahl, mit dann nur noch ca. 194.000 Schülern, verlieren. Bei den Gymnasien wird von einem Rückgang auf ca. 242.000 Schülerinnen und Schüler ausgegangen. Hier ist aber noch hinzuzufügen, dass sich die Schülerzahlen aufgrund der Verkürzung auf das G 8 automatisch verringern. Nichtsdestotrotz wird der Übergang auf das Gymnasium und die Realschule immer beliebter, während der Hauptschulabschluss immer mehr an Bedeutung verlieren wird.

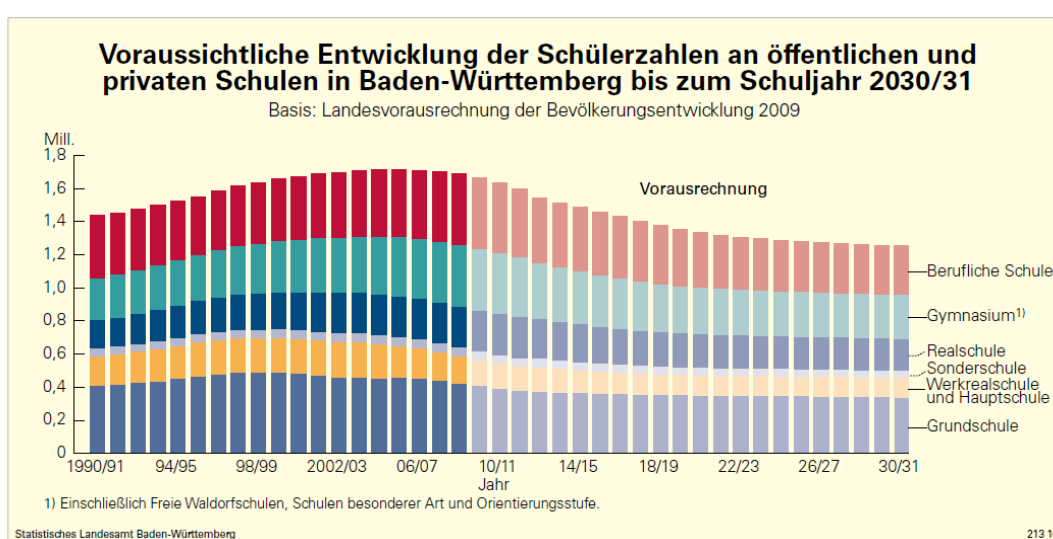


Abbildung 5: ⁴³

Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen in Baden-Württemberg bis 2030 / 2031

Auch in der Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall wird es diesbezüglich zu Veränderungen in der Schullandschaft kommen (müssen). So ist der Trend, dass immer weniger Kinder geboren werden, auch hier absehbar, wenngleich die Zahlen bei der Schüler- / Geburtenstatistik sich in einem festen Rahmen bewegen.⁴⁴ Es ist bereits heute schon über neue Schulformen, wie z. B. in Michelbach an der Bilz, wo erste und zweite Klasse jahrgangsübergreifend unterrichtet werden, bis hin zu Zusammenlegungen von Schulen bzw. einzelnen Klassen, nachzudenken. Positiv ist hierzu anzumerken, dass die Verwaltungsgemeinschaft hinsichtlich ihrer

⁴³ Vgl. Statistik Aktuell, Ausgabe 2010, S. 1.

⁴⁴ Vgl. Anlage 2.

Schülerzahlen und der Geburtenentwicklung ihre Zahlen fortschreibt und prüft, ob und wo Handlungsbedarf besteht. Grundschulen sollten und müssen dabei aber stets wohnortnah vorhanden sein, ein Grundschulsterben muss vermieden werden. Gleichwohl kann es aus pädagogischer Sicht sinnvoll sein Grundschulen zusammenzulegen, denn es kann beileibe nicht sein, dass in manchen Klassen 20 Kinder unterrichtet werden, während in anderen Klassen 30 Schülerinnen und Schüler zusammenarbeiten müssen. In der Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall sind allerdings keine Grundschulschließungen im Gespräch. Des Weiteren sind die Kosten für eine Gebäudeunterhaltung nicht zu vernachlässigen. Egal, ob viele oder wenig Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden, die Kosten für das Gebäude entstehen so oder so. Auch ist zu überlegen, wie man ein „altes“ Schulhaus weiter nutzen könnte. Die Schülerzahlen werden in Zukunft auf jeden Fall sinken und es ist zu berücksichtigen, dass man somit auch immer weniger Schulraum benötigt.

In der Verwaltungsgemeinschaft gibt es in jeder Gemeinde schon die Möglichkeit, seine Kinder in eine Ganztags- oder zumindest in eine sogenannte Kernzeitbetreuung zu geben. Diese Angebote werden auch kontinuierlich ausgebaut und die Betreuungszeiten angepasst, die Nachfrage ist vorhanden. Diese Angebote steigern die Attraktivität des Wohnortes und vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf um ein vielfaches. Freilich, die Angebote gibt es nicht zum Nulltarif und viele Familien müssen durchrechnen, ob diese Angebote auch für sie geeignet sind. Es zeigt aber, dass diese Schritte in die richtige Richtung gehen, um Familie und Beruf besser miteinander vereinen zu können. Sie müssen aber auch weiterhin von noch viel mehr Familien genutzt werden, damit dies auch für die Kommunen kostendeckend ist.

4.3 Wohnraum

Der demografische Wandel wird sich in den Kommunen auch am Wohnraum spürbar auswirken. In Regionen, in denen die Wirtschaftskraft und die Ansiedelung von Unternehmen ohnehin schwierig waren und sind, wird sich durch Abwanderungen dieses Problem auch noch verstärken. Baden-Württemberg wird gemeinhin als das Land der Häuslesbauer bezeichnet. Der Bauboom der neunziger Jahre indes scheint vorbei. Auch wenn die Bevölkerungszahl im Ländle jetzt auch stetig schrumpfen wird, die Kommunen erwarten wohl noch eine Stagnation bzw. eine Bevölkerungszunahme. Wie sonst könnte man die immer noch großzügige Ausweisung von Baugebieten erklären? Sicher, die Kommunen befinden sich im Wettbewerb um Einwohner. Viele Gemeinden gehen schon lange den Weg der Subventionen und steuern dem allgemeinen Trend entgegen. So werden vielerorts Nachlässe auf Baulandpreise gegeben, wenn die Familie Kinder umfasst oder bis zu einem bestimmten Zeitpunkt ein Grundstück erworben wird. In Schwäbisch Hall, nebenbei Sitz der größten deutschen Bausparkasse, sind dies z. B. bis zu 5.000 Euro. Allerdings muss die Frage gestellt werden, wer in Zukunft in den vielen Neubauten leben und wohnen soll. Aus demografischer Sicht ist der Bauboom längst vorüber, die 30 – 40-Jährigen, die größte Gruppe der Familiengründer und Bauherren, wird auch in Baden-Württemberg nie wieder so groß sein wie bisher.⁴⁵ Der Wunsch nach den eigenen vier Wänden wird bei vielen Menschen allerdings auch ungebrochen bleiben, was anhand der abgeschlossenen Bausparverträge abgelesen werden kann.

In Baden-Württemberg wird sich auch in Zukunft die Zahl der Privathaushalte weiter erhöhen. Gab es im Jahr 2008 ca. 4,98 Millionen Privathaushalte, wird sich die Zahl nach Vorausberechnungen des Statistischen Landesamtes bis zum Jahr 2020 um ca. 110.000 Haushalte erhöhen und erst dann stetig zurückgehen. 2050 könnte die Zahl der Privathaushalte dann ca. 4% unter dem heutigen Wert liegen.⁴⁶ Grund ist in erster Linie, dass es immer weniger Mehrpersonenhaushalte, aber immer mehr Ein-

⁴⁵ Vgl. Berlin-Institut, Die demografische Lage der Nation, 2006, S. 161.

⁴⁶ Vgl. Statistisches Landesamt, Pressemitteilung 240 / 2010.

personenhaushalte gibt und dies sogar noch bis 2045 anwachsen wird. Die Ursache des Anstieges kleinerer Haushalte liegt laut Statistischem Landesamt in dem „Hineinwachsen“ stark besetzter Altersgruppen in solche die - wie insbesondere die älteren Menschen – in überwiegendem Maße in kleinen Haushalten leben. So wird die durchschnittliche Zahl der Personen je Haushalt von zurzeit 2,17 auf 2,0 zurückgehen. Dies ist demnach auch der Grund, warum sich die Entwicklung der Privathaushalte günstiger entwickeln wird als die der Bevölkerung. Diese Informationen zur künftigen Entwicklung der Zahl der Privathaushalte sind deshalb von zentraler Bedeutung, weil zahlreiche Entscheidungen von sozialer, wirtschaftlicher und politischer Bedeutung nicht von einzelnen Personen, sondern von privaten Haushalten getroffen werden. So sind die Haushalte beispielsweise bei der Ermittlung des Versorgungsgrades der Bevölkerung mit Wohnungen die Bedarfsträger. Und hier lässt die voraussichtliche Entwicklung der Privathaushalte vermuten, dass der bereits in den vergangenen Jahren gesunkene Wohnungsbedarf mittel- und längerfristig weiter zurückgehen wird.⁴⁷ So ist auch in der Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall die Anzahl der Haushalte stetig angewachsen, während die Anzahl der Personen je Haushalt immer zurückging und jetzt bei 2,3 liegt. Gleichzeitig steigt aber die durchschnittliche Fläche je Einwohner. Momentan liegt diese bei knapp 43m² pro Person. 1990 lag dieser Wert noch bei 36,3m². Ursächlich für die je Einwohner steigenden Wohnflächen sind z. B. sinkende Haushaltsgrößen und wachsende Ansprüche an den persönlich verfügbaren Wohnraum. Auch eine rückläufige Einwohnerzahl führt zu einer steigenden Wohnfläche je Einwohner. Eine Ausweitung der Wohnflächen bei gleich bleibender oder steigender Einwohnerzahl ist insbesondere in Zeiten guter Versorgung mit Wohnungen möglich und ist insofern ein Indiz für den steigenden Versorgungsgrad. An die Wohnungswirtschaft kommen indes noch weitere Anforderungen hinzu. Die Wohnansprüche müssen der rasch wachsenden Zahl älterer Menschen gerecht werden und die bestehenden Wohnungen barrierefrei sein bzw.

⁴⁷ Vgl. Statistisches Landesamt, Pressemitteilung 240 / 2010.

barrierearm umgebaut werden.⁴⁸

Auch die Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall wird vor der Aufgabe stehen, die entsprechende Nachfrage zu decken. Es ist hier aber vor allem auf eine qualitative Entwicklung zu achten. Da sich die Altersstruktur ändern wird, ändert sich auch die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt. So wird Betreutes Wohnen erheblich an Bedeutung gewinnen. Es darf aber nicht vergessen werden, dass eine Kommune immer kinder- und familienfreundliche Wohnangebote schaffen muss, um Abwanderungen vorzubeugen und einen Anreiz zu geben, gerade hierher zu ziehen.

In der 7. Fortschreibung des Flächennutzungsplanes sind in den Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft einige Baugebiete ausgewiesen. Die Nachfrage hält sich, auch aufgrund der Wirtschaftskrise, momentan in Grenzen, auch wenn es keine erwähnenswerten Leerstände an Wohnraum gibt. Eine interkommunale Zusammenarbeit ist von Nöten. Man muss über Gemarkungsgrenzen hinweg denken, da die Menschen in einem Ort wohnen und leben, in einem anderen aber zu ihrer Beschäftigung gehen. So sollte und müsste, insbesondere auch mit dem Hochschulstandort Schwäbisch Hall, die Zusammenarbeit intensiviert werden.

4.4 Arbeitsmarkt und Wirtschaft

Auch wenn man zuerst an große, klangvolle Namen von Autobauern und Zulieferern denkt, Baden-Württemberg ist das Land des Mittelstandes. Von Anfang an hat das Land den Mittelstand gefördert und ausgebaut. Die mittelständische Struktur ist praktisch über das ganze Bundesland verteilt und in vielen verschiedenen Branchen weltweit tätig. „Arme“ Gebiete gibt es praktisch nicht. Aber auch an Baden-Württemberg und der Region Heilbronn-Franken ist die weltweite Wirtschaftskrise 2008 / 2009 nicht spurlos vorüber gegangen. Viele Betriebe meldeten Kurzarbeit an, mussten Mitarbeiter entlassen oder gingen sogar in die Insolvenz. Dennoch haben sich das Land und die Regionen relativ schnell wieder erholt. Die Arbeitslosenquote lag im August 2010 in Baden-Württemberg bei 4,9 %, im Arbeits-

⁴⁸ Vgl. Döring, S. 65.

amtbezirk Schwäbisch Hall sogar nur bei 4,0 %, ein Spitzenwert im deutschlandweiten Vergleich.⁴⁹ Man könnte meinen, man lebt hier auf einer Insel der Glückseligen. Im Gegensatz zu vielen anderen Regionen in Deutschland und Baden-Württemberg mag dieses auch zutreffen. Dank der vielen namhaften, in der Region Heilbronn-Franken ansässigen Weltfirmen, und vor allem wegen dem schon angesprochenen Mittelstand, dem Motor des Wachstums, geht es nun wieder ökonomisch aufwärts. Die demografischen Auswirkungen werden sich aber auch hier niederschlagen. Durch den Rückgang der Bevölkerung wird sich auch die Erwerbspersonenzahl verringern. Auch wenn Frauen verstärkt auf den Arbeitsmarkt drängen und die allgemeine Lebensarbeitszeit erhöht wurde, wird sich die Verringerung dadurch kaum ausgleichen lassen.⁵⁰

Es fehlt die nachwachsende Generation, was wiederum zu Engpässen bei der Rekrutierung von betrieblichem Nachwuchs und zu einem höheren Durchschnittsalter der Belegschaften führt. Zudem stehen Globalisierung und technologische Entwicklung in einer engen Wechselbeziehung. Baden-Württemberg ist ein Hochtechnologie- und Innovationsland und benötigt hierzu Fachkräfte, akademische und nichtakademische. Eine Ursache des Fachkräftemangels ist das altersbedingte Ausscheiden von ca. 360.000 Fachkräften aus dem Arbeitsmarkt, so der Branchenatlas der Industrie- und Handelskammern. Bei diesem Thema werden auch immer wieder Stimmen nach einer klar strukturierten, gesetzlich geregelten Zuwanderung laut. Bei vielen Diskussionen ist bereits jetzt schon zu beobachten, dass diese immer weniger aus ideologischer Sicht, als vielmehr um deren Nutzen für die Gesellschaft allgemein geführt werden. Allerdings darf und muss die Frage erlaubt sein: Wie viel Zuwanderung brauchen und wollen wir, um unsere wirtschaftlich starke Stellung zu behaupten? So plädiert die ehemalige Bundestagspräsidentin und ehemalige Vorsitzende der unabhängigen Kommission zur Zuwanderung, Rita Süssmuth, schon seit Jahren für einen Paradigmenwechsel in der Politik: „Deutschland braucht Zuwanderinnen und Zuwanderer.“ Des Weiteren fordert sie mehr

⁴⁹ Bundesagentur für Arbeit, August 2010, S. 5.

⁵⁰ Vgl. Walla / Eggen / Lipinski, S. 177.

Integrationsanreize, aber auch Kontrolle. Ebenfalls erneuerte Sie ihre Kritik, dass die Anerkennung von Abschlüssen ausländischer Fachkräfte viel zu lange dauere.⁵¹ Allerdings lassen sich der demografische Wandel und auch der Fachkräftemangel nur bedingt mit Zuwanderung lösen.

Das tatsächliche Renteneintrittsalter liegt derzeit bei 63,2 Jahren⁵², also knapp zwei Jahre unter der eigentlich gesetzlichen Verrentung von Arbeitnehmern. Ab 2012 wird die gesetzliche Altersgrenze schrittweise auf 67 Jahre erhöht, um ältere Arbeitnehmer länger als bisher am Arbeitsmarkt zu halten und der höheren Lebenserwartung Rechnung zu tragen. Diese Frühverrentung aber kam vielen Betrieben gelegen, um ihre älteren Arbeitnehmer zugunsten von jüngeren auszutauschen, da diese angeblich flexibler und leistungsstärker sind als die älteren. Problematisch ist dabei anzusehen, dass ein Mitarbeiter rund ein Drittel seines Wissens mit in den Ruhestand nimmt und dieses Know-how für immer verloren geht.⁵³

Bereits jetzt fordern einige Wirtschaftsvertreter die Rente mit 70. So sagte der Chef des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther: „Wenn wir uns die höhere Lebenserwartung und die abnehmende Geburtenrate in Deutschland anschauen, wird die Rente mit 70 perspektivisch kommen müssen“. Ob dies allerdings die Lage der älteren Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt verbessert, kann heute nur sehr schwer eingeschätzt werden. Heute ist bereits absehbar, dass die ausscheidenden Arbeitnehmer der Zukunft nicht ohne weiteres durch junge Arbeitskräfte ersetzt werden können, da die Zahl der Schulabgänger weiter abnehmen wird.⁵⁴

Ein wichtiger Schritt für die Ausbildung und zum Verbleib von Fachkräften in der Region ist der Ausbau des Hochschulstandortes Heilbronn. Mit seinen Außenstellen in Künzelsau und Schwäbisch Hall, sowie der Berufsakademie in Mosbach werden wichtige Schritte unternommen, um technisch-wissenschaftliche Studiengänge in der Region anzubieten. Viele Studenten haben bereits während des Studiums Kontakte zu Firmen der

⁵¹ Rita Süßmuth auf einer Podiumsdiskussion am 06.09.2010 in Berlin.

⁵² Vgl. Deutsche Rentenversicherung, Rentenversicherung in Zahlen 2010, S. 68.

⁵³ Vgl. Döring, S. 37.

⁵⁴ Vgl. Roloff, S. 35.

Region und können nach Abschluss des Diploms sofort in der Arbeitswelt beginnen. Glücklicherweise engagiert sich die Wirtschaft mit großzügigen Leistungen, um diese Standorte zu erhalten und weiter auszubauen. Dies ist für die Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall nicht zu unterschätzen, da sich so Türen aufmachen, um junge und qualifizierte Menschen zu bewegen in einer familienfreundlichen Kommune zu wohnen und zu arbeiten. Gerade in der Region Heilbronn-Franken hat die dort ansässige Industrie- und Handelskammer das Modellvorhaben „Kinderfreundliche Region“ zur Unterstützung der Berufstätigkeit in der Familienphase ins Leben gerufen. Und auch die Arbeitsagentur bietet an, mit Qualifizierungsberatern den Betrieben zu zeigen, wie sich der demografische Wandel im Betrieb auswirken kann und gibt Tipps, wie sich die Belegschaft dort weiterbilden kann.

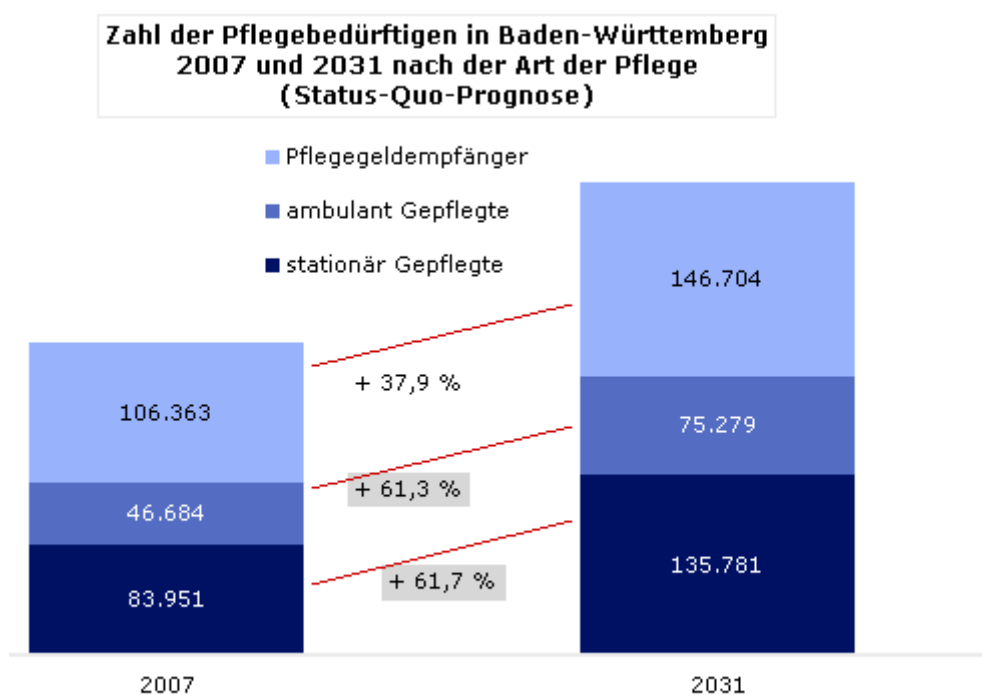
4.5 Ältere Menschen

Die Bevölkerung wird älter. Diese Aussage allein ist eigentlich nichts Schlimmes. Wir alle wollen älter werden und einen geruhsamen Lebensabend verbringen, agil sein und Dinge tun, wie z. B. verreisen. Dinge, die man in jüngeren Jahren nicht oder nur ungenügend machen konnte, weil man beruflich eingespannt war oder es die Familie, auch aufgrund eines begrenzten Budgets, einfach nicht zuließ. Dies wiederum bedeutet, dass die ältere Generation ganz andere Ansprüche hat, als dies heute vielleicht der Fall sein mag. Sie ist mobiler, agiler und hat ein entsprechendes Vermögen. Man muss sich nur vor Augen halten, dass die Menschen über 55 Jahre über die Hälfte des privaten Gesamtvermögens besitzen. Die Konsequenzen für die Wirtschaft lauten einfach: „Der Kunde der Zukunft ist grauhaarig.“⁵⁵

In Baden-Württemberg sind heute rund 237.000 Menschen pflegebedürftig, von denen ca. 131.000 Personen in Pflegeeinrichtungen oder durch mobile Pflegedienste versorgt werden. Dies entspricht einer Pflegequote von 2,2%, die Spitzenposition von allen deutschen Ländern. Diese Zahl

⁵⁵ Vgl. Döring, S. 80.

wird, nach Vorausberechnungen des Statistischen Landesamtes, bis 2031 auf ca. 358.000 steigen.⁵⁶ Dadurch, dass es in Baden-Württemberg die jüngste Bevölkerung Deutschlands gibt und diese Menschen alle älter und zum großen Teil auch pflegebedürftig werden, wird sich dieser Wert in Zukunft auch noch erhöhen. Es ist bereits heute schon ein Trend hin zur professionellen Pflege, durch Pflegedienste bzw. Heimunterbringung, zu erkennen, auch wenn noch Zweidrittel der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt werden. Hintergrund ist, dass bedingt durch die demografische Entwicklung, es immer weniger privates Pflegepersonal wie Kinder oder Lebenspartner gibt, die ihre Angehörigen pflegen können. Dies wiederum bedeutet aber auch, dass die Zahl der Pflegeplätze und des Pflegepersonals erheblich steigen muss.



© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2010

Abbildung 6:⁵⁷

Zahl der Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg 2007 und 2031 nach Art der Pflege

⁵⁶ Vgl. Statistisches Monatsheft 04 / 2009, S. 31.

⁵⁷ http://www.stala.bwl.de/GesundhSozRecht/Landesdaten/Pflege/Pflege_13.asp [23.08.2010].

Das Statistische Landesamt geht weiterhin davon aus, dass weit über 60.000 zusätzliche Pflegekräfte notwendig sind, um die steigende Zahl an Pflegebedürftigen versorgen zu können.⁵⁸ Auch wenn dies ein boomender Berufszweig ist, wollen immer weniger junge Menschen eine Ausbildung zum Alten- bzw. Krankenpfleger beginnen oder brechen die Ausbildung frühzeitig ab. Weiterhin sind in diesem Berufszweig sehr viele Frauen beschäftigt, die allerdings keine Vollzeitkräfte sind, sondern nur in Teilzeit arbeiten.

Derzeit leben in Baden-Württemberg rund 235.000 hochbetagte Menschen. Diese Zahl dürfte sich in den nächsten drei Jahrzehnten verdoppeln und so würden dann rund 470.000 Menschen über 85 Jahre bei uns leben.⁵⁹ Problematisch daran ist, dass sich ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem erreichten Alter und einem Pflegerisiko bei den Pflegebedürftigen herstellen lässt. Sind von den unter 60-jährigen nur circa 0,5 % pflegebedürftig, so verdoppelt sich jedoch dieser Anteil für die Älteren jeweils in Fünfjahresschritten. Bei den 90-jährigen in Baden-Württemberg muss schon heute jeder Zweite gepflegt werden. Auch in der Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall werden die Alten- und Pflegeheime stärker beansprucht werden als bisher. So geht das Statistische Landesamt bei seiner Vorausberechnung bis 2020 von einer Steigerung von über 34 % beim Landkreis Schwäbisch Hall aus. Die Planung von Infrastruktureinrichtungen zur Versorgung der Pflegebedürftigen in der Zukunft erfolgt laut Landespflegegesetz Baden-Württemberg in gemeinsamer Verantwortung des Landes sowie der Stadt- und Landkreise. Die Pflegeplätze sind zurzeit nur zu ca. 11 % in kommunaler Hand bzw. durch öffentlich verwaltete Stiftungen bereitgestellt. Diese Zahl wird sich vermutlich auch nicht signifikant erhöhen, da vor allem den privaten Trägern und den beiden großen christlichen Kirchen mit ihren Organisationen nach § 75 Abs. 2 SGB XII der Vorzug zu geben ist. Dennoch müssen sich die Kommunen um geeignete Einrichtungen bemühen, da dies ein wesentlicher Faktor für eine familienfreundliche und zugleich auch im Alter lebenswerte Kommune

⁵⁸ Vgl. Statistisches Landesamt, Presseheft 6 / 2009, S. 5.

⁵⁹ Vgl. Statistisches Monatsheft 02 / 2010, S. 8.

bedeutet. Für die Gemeinden ergeben sich dadurch für ihre Seniorenpolitik komplexe Handlungs- und Planungserfordernisse, die als ganzheitliches Vorgehen aller relevanten Akteure zu verstehen ist.⁶⁰

In der Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall gibt es derzeit in Michelbach an der Bilz eine Krankenpflegestation und den sog. Seniorenpark. In diesem Seniorenpark stehen 36 Pflegeplätze sowie Betreutes Wohnen mit 17 Wohnungen zur Verfügung. Angeschlossen ist ein großzügig angelegter Garten zum Spazieren gehen oder zum Verweilen. Der Seniorenpark wird vom Arbeiter-Samariter-Bund betrieben. In Rosengarten betreibt das Deutsche Rote Kreuz ein Seniorenwohnheim mit 78 Plätzen und die Gemeinde verfügt über eine Krankenstation. Diese unterstützt z. B. bei Bedarf bei der Grundpflege, bei der Behandlungspflege nach ärztlicher Anordnung, Hauswirtschaftlicher Versorgung und bei der Nachbarschaftshilfe. In der Gemeinde Michelfeld stehen ein Alten- und Pflegeheim mit 23 Pflegeplätzen sowie der Diakonieverein zur Verfügung. In Schwäbisch Hall, der Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises und Mittelzentrum, betreibt die Stiftung „Hospital zum Heiligen Geist“ vier Wohnhäuser, um dem sozialen Bedürfnis nach betreutem Wohnen im Alter nachzukommen. Im gesamten Stadtgebiet unterhalten verschiedene private und kirchliche Träger insgesamt neun Alten- und Pflegeheime.

Insbesondere aber die kleineren Gemeinden um Schwäbisch Hall herum müssen sich mit diesem Thema auseinandersetzen. Die älteren Mitmenschen wollen zumeist auch in ihrer Heimatgemeinde bleiben. Da, wie angesprochen, die Zahl der über 60-jährigen zunimmt, die bestehenden Heime aber nur über eine begrenzte Kapazität verfügen, muss hier über Neu- bzw. Erweiterungsbauten entschieden werden, um die zu erwartende Nachfrage befriedigen zu können. Wichtig sind hier natürlich auch Gespräche über die Kostenbeteiligung der Gemeinden, in welcher Form diese dann auch immer aussehen könnte. Bei diesem Thema sollten die Vertreter der Verwaltungsgemeinschaft miteinander arbeiten und gemeinsame Konzepte ausarbeiten, denn auch der finanzielle Spielraum der einzel-

⁶⁰ Vgl. Bertelsmann-Stiftung – Seniorenpolitik in den Kommunen, S. 5.

nen Kommunen wird sich nicht wesentlich bessern, um diese hohen Ziele alleine verwirklichen zu können. Denn vor allem im Bereich der Daseinsvorsorge kommt den Kommunen die Aufgabe zu, die sozialen Lebensverhältnisse der älteren Generation aktiv zu gestalten, die gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten, sowie bedarfsgerechte pflegerische Infrastrukturen zu schaffen und zeitgemäße Wohnarrangements zu konzipieren um die Selbständigkeit und soziale Integration zu fördern und aufrechtzuerhalten.⁶¹

Da sich die Anzahl der älteren Mitmenschen in den nächsten Jahrzehnten weiter erhöhen wird, die Lebenserwartung ansteigt und auch der medizinisch-technische Fortschritt weiter voranschreitet, wird es auch immer mehr Senioren geben, die im hohen Alter noch kerngesund sein werden und sich bester Gesundheit erfreuen. Besonders heute, wo alle mobil und agil sind, werden sich auch immer mehr ältere Menschen aktiv und dynamisch in ihr Freizeitleben mit einbringen. Auch wenn die Rente mit 67 beschlossen ist und so die Menschen länger am Arbeitsleben teilnehmen werden, werden die ersten Rentner erst ab 2031 mit 67 aus der Arbeitswelt ausscheiden. Aber gerade diese Rentner und Pensionäre werden, von der modernen Arbeitswelt ohne schwerste körperliche Arbeit, von der steigenden Lebenserwartung und ihrer Mobilität profitieren. Dies wiederum stellt besondere Herausforderungen an die Kommunen, um besonders bei den Senioren noch als attraktiver Lebensmittelpunkt erste Wahl zu sein. Denn gerade im Rahmen der Daseinsvorsorge kommt den Kommunen in Zukunft die Aufgabe zu, besonders die Lebensverhältnisse der älteren Generation aktiv zu gestalten.⁶² Die Rentner von heute, aber insbesondere die von morgen sind viel mobiler und flexibler als früher. Sie werden trotz längerer Lebensarbeitszeit in ihrem Verhalten immer jünger und wollen ihre freie Zeit sinnvoll ausfüllen und nutzen. Im Vordergrund stehen dabei sicherlich die körperliche und geistige Fitness, sowie die Frage nach einer gesunden Ernährung, da mehr als die Hälfte der über 60-jährigen Menschen unter chronischen Krankheiten leiden.

⁶¹ Vgl. Bertelsmann-Stiftung – Seniorenpolitik in den Kommunen, S. 5.

⁶² Vgl. Ebd.

Dies werden die Kommunen vor allem in Zukunft beim Sportstättenbau bzw. bei der Modernisierung zu beachten haben, um eine optimale Auslastung der Sportstätten zu erreichen. So ist beispielsweise darüber nachzudenken, ob man in der Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall nicht einen „Spielplatz“ für Senioren, sogenannte Bewegungsparks zur Verfügung stellt. Dort werden spezielle Turngeräte installiert, mit denen unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von älteren Menschen Kraft, Beweglichkeit und Ausdauer trainiert werden. Dort angebrachte detaillierte Übungsbeschreibungen ermöglichen Einsteigern und Fortgeschrittenen eine problemlose Ausführung. Bei Kommunen, die diese Bewegungsparks bereits haben, ist dies auch ein beliebter Treffpunkt zwischen den Generationen geworden. Solche Angebote sollten aber auch intensiv mit den ortsansässigen Vereinen betrieben werden. Die Vereine werden selbstverständlich auch den demografischen Wandel zu spüren bekommen und müssen sich dabei mit Sportangeboten speziell für Senioren attraktiv machen, um keine Mitglieder zu verlieren und so in ihrem Bestand gefährdet zu sein. Dies ist aber auch gleichzeitig als Chance für die Sportvereine zu begreifen, um ihre jeweilige Ausrichtung umzustrukturieren und so unter den geänderten Bedingungen des demografischen Wandels auch in Zukunft Bestand zu haben.⁶³ Bereits heute haben sich viele Sportvereine auf ihre älteren Mitglieder eingestellt. In Zukunft werden die Angebote weitergehen müssen und individuell zugeschnitten sein, um die ältere Klientel mit ihren Erwartungen und Bedürfnissen als aktives Mitglied im Verein zu halten. Den Sportvereinen kommt damit auch eine größere und wichtigere gesellschaftspolitische Rolle zu, da sich hier die unterschiedlichen Altersklassen treffen und austauschen werden. So werden beispielsweise in Michelfeld die Senioren aufgefordert, sich bei den Vereinen einzubringen und Vorschläge zu übermitteln, welche Angebote gewünscht sind und wie man diverse Dinge gemeinsam erleben kann. Mit diesem Seniorenprojekt wollen die ortsansässigen Vereine sich untereinander besser abstimmen und im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten neue Angebote schaffen.

⁶³ Vgl. Statistisches Monatsheft 02 / 2010, S. 17.

Als Zusammenfassung kann man sagen, dass sich die Kommunen verstärkt um ihre älteren Mitmenschen kümmern müssen. Die Größe der Verwaltungen in der Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall ist, bis auf die Ausnahme Schwäbisch Hall selbst, überschaubar. In der Regel kennt man sich „im Ort“. Trotzdem ist es gerade hier wichtig, die Ansprechpartner in der Verwaltung für die ältere Generation zu sensibilisieren, denn oftmals ist gerade bei den älteren Mitmenschen Freundlichkeit wichtiger als Schnelligkeit und Fachkompetenz des Mitarbeiters. Ein zwangsloses Gespräch in ruhiger Atmosphäre ist wichtiger als Paragraphenreiterei. Es ist zu überlegen, ob man nicht ein speziell für Senioren entwickeltes Seniorenmarketing initiiert, um diese immer größer werdende Gruppe auch als wichtigste Konsumenten der Zukunft entsprechend zu betrachten. So gibt es in einigen Kommunen bereits einen sog. Seniorenrat. Dieser vertritt speziell die Interessen der älteren Generation, indem dieser Rat Angebote für Senioren einfordert, durchführt und koordiniert.⁶⁴

Dies reicht beispielsweise von dem gemeinsamen Seniorennachmittag über Vorträge zum Thema Gesundheit und Ernährung, bis hin zu gemeinsamen Ausflügen. Aber auch gegenseitiges Helfen steht natürlich im Vordergrund. Warum sollte man nicht im Bereich der Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall einen solchen Seniorenrat einführen? So könnten sich die Senioren untereinander austauschen, kennenlernen und viele Dinge gemeinsam erleben. Hier ist mit Sicherheit noch ein enormes Potential vorhanden. Die Kommunen selbst sind hier natürlich als Initiator gefragt, sich um dieser Altersgruppe anzunehmen. Gemeinsam mit den Vereinen, den Kirchen, der Volkshochschule und Krankenkassen können spezielle Angebote erstellt und durchgeführt werden. Insbesondere was z. B. den Umgang mit neuen Medien angeht, ist ein enormes Entwicklungspotential bei den Senioren vorhanden. Es sind natürlich schon vielfältige Angebote vorhanden, doch muss man in Zukunft versuchen, dieses Wissen und die ganze Kraft zu bündeln und zu optimieren, um ein ausgewogenes und abwechslungsreiches Angebot für die Mitmenschen jenseits

⁶⁴ Vgl. Döring, S. 29.

der 60 anbieten und durchführen zu können.

4.6 Friedhofsflächen

Da es immer mehr ältere und hochbetagte Menschen geben wird, muss man sich auch darauf einstellen, dass diese Menschen einmal sterben werden. In den letzten Jahrzehnten ist die Lebenserwartung zwar stetig angestiegen, nicht außer acht gelassen werden darf, dass aber die Restlebenserwartung von 80-jährigen kaum zugenommen hat. Die steigende Lebenserwartung ist demnach auf ein höheres erreichbares Lebensalter der Menschen zurückzuführen und nicht weil sich die biologische Lebensspanne erhöht hat.⁶⁵ Dies wiederum bedeutet, dass die Sterbefälle im Alter zunehmen werden, obwohl sich die Sterblichkeit in den jeweiligen Altersklassen unterschiedlich verringern wird. Viele Kommunen beschäftigen seit längerem schon die Frage, wie viel Friedhofsfläche zukünftig benötigt und wie mit den vorhandenen Friedhöfen weiter umgegangen wird. Die Ursachen dieser Überlegungen sind begründet in einem Rückgang der Sterberate, eben durch den Bevölkerungsrückgang oder durch die angesprochene gestiegene Lebenserwartung, vor allem aber in dem immer weiter abnehmenden Bedarf an Fläche für die einzelne Bestattung. Der Flächenverbrauch durch neue Gräber wird sich nicht erhöhen, da sich ein Trend zu alternativen Bestattungsformen, z. B. Urnenbestattung, abzeichnet und diese weniger Platz in Anspruch nehmen wie herkömmliche Gräber. Eine Pauschalierung über Richtwerte auf Grund der Einwohner scheint nicht mehr zeitgemäß. Des Weiteren sind die Grabarten mit ihrer benötigten Fläche und der jeweiligen Umlaufzeit des Grabes aufzunehmen. Für die Kommunen bedeutet dies, dass sie bei ihrer Planung für die Friedhofsflächen sorgfältig vorgehen müssen, um einen zu hohen Bedarf an Fläche zu vermeiden.

⁶⁵ Vgl. Statistisches Monatsheft 07 / 2010, S. 14.

4.7 Die Finanzen der Kommunen

Die Kommunen werden den demografischen Wandel insbesondere an ihren Finanzen zu spüren bekommen. Denn wenn es immer weniger Einwohner gibt, gibt es auch immer weniger Steuerzahler, immer weniger rentable Einrichtungen der Gemeinde und immer weniger Schlüsselzuweisungen nach Anzahl der Einwohner. Die vorhandene Infrastruktur wird dann zwar weniger genutzt, die Kosten bleiben aber die gleichen und so wird das Ganze teurer bzw. unbezahlbar. Auch die Verschuldung der öffentlichen Haushalte geht weiter: Zum Einen durch den Rückgang der Erwerbstätigen und damit der Beitrags- und Steuerzahler, auf der anderen Seite werden die Sozialsysteme stärker als bisher belastet, die Leistungen werden aber gleichzeitig sinken. Die Kommunen werden in ihren Haushalten den Rückgang von ertrags- und verbrauchsabhängigen Steuern deutlich spüren und so kommt es automatisch zu einer Schwächung der Finanzkraft. Einzig die Grundsteuer wird, auch nach einer Reform in den kommenden Jahren, die einzige verlässliche Einnahmequelle der Kommunen bleiben. Durch den langfristigen Rückgang der Bevölkerungszahl, auch in der Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall, werden die Nachfragen nach öffentlichen Leistungen zurückgehen. Viele Einrichtungen, die auf Benutzungsgebühren angewiesen sind, werden schließen bzw. die Gebühren anpassen müssen, um noch einen angemessenen Kostendeckungsgrad zu erreichen. Es ist bereits heute schon absehbar, dass kommunale Finanzen in einem hohen Maße für Anpassung, Umbau und Neuschaffung von passender Infrastruktur im Zusammenhang mit den demografischen Veränderungen gebunden sein werden. Auf lange Sicht wird sich die Nachfrage von kommunalen Dienstleistungen ändern. Die Beratung der dann vor allem älteren Kunden wird zu einem nicht unerheblichen Teil zunehmen und wichtiger werden. Die Verwaltungen werden aber auch in Zukunft an wirtschaftlichen Zielen wie Effektivität und Effizienz gemessen werden. So ist eine immer größer werdende Nachfrage und der Ausbau von Online-Leistungen zu beobachten, während die persönliche Beratung stagniert oder sogar abgebaut wird.

Um auf die Herausforderungen der Zukunft adäquat reagieren zu können und die Schulden der Kommunen im Rahmen zu halten, ist über eine Reform der kommunalen Finanzen insgesamt nachzudenken. Die Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche müssen erhöht und ausgebaut werden. Die Schulden müssen gleichzeitig abgebaut und Rücklagen geschaffen werden, um überhaupt noch Handlungsspielräume zu haben. Der Bund und die Länder müssen ihrerseits die Förderprogramme am zukünftigen Bedarf des demografischen Wandels ausrichten und sich vor allem im sozialen Bereich auswirken. Die Kommunen werden in einem viel stärker werdenden Maße mit privaten Leistungserbringern zusammenarbeiten müssen, um in der Daseinsvorsorge nicht abgehängt zu werden und einen erforderlichen Mindeststandard anbieten zu können.

5. Exkurs: Exemplarischer Lösungsansatz aus der Praxis ⁶⁶

Alle Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall (mit Ausnahme der Kernstadt Schwäbisch Hall selbst) gehören zum Aktionsgebiet der LEADER Limesregion.

Die Gemeinde Fichtenberg im Landkreis Schwäbisch Hall gehört ebenfalls zur Limesregion und hat in einem Informationsheft folgendes formuliert:⁶⁷ LEADER ist ein Förderprogramm der Europäischen Union und des Landes Baden-Württemberg für den Ländlichen Raum und steht für „**L**iaison **E**ntre **A**ctions de **D**éveloppement de L'Économie **R**urale“ = Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft. Im Rahmen von LEADER werden dabei innovative Projekte im Ländlichen Raum gefördert. In die Förderperiode 2007 bis 2013 wurden insgesamt 8 Gebiete in Baden-Württemberg aufgenommen.

So wird das Projekt „Lebensqualität durch Nähe“ (LQN) von der SPES Zukunftsakademie, im Rahmen von LEADER gefördert.

SPES steht dabei für „**S**tudiengesellschaft für **P**rojekte zur **E**rneuerung von **S**trukturen“. Im Verein „SPES Zukunftsmodelle“ haben sich Menschen zusammen geschlossen, die zur Stärkung der Lebensqualität beitragen wollen, indem sie Methoden zur Bürgerbeteiligung, Modelle für Nahversorgung und Nachbarschaftshilfe sowie weitere Zukunftsmodelle entwickeln.

Ein Zukunftsmodell von SPES ist dabei das Projekt „Lebensqualität durch Nähe“ (LQN). Das Projekt „Lebensqualität durch Nähe“ wurde von der SPES in Oberösterreich, basierend auf den Erfahrungen der Gemeinde Steinbach a. d. Steyr, mit dem Ziel entwickelt, die Lebensqualität in ländlichen Gemeinden langfristig zu sichern. Das Projekt enthält keine Pauschalrezepte für Gemeindeentwicklung, sondern öffnet den Raum für die Eigeninitiative und Gestaltungskraft der Bürger.

Dabei umfasst die Lebensqualität mehrere Ebenen:

⁶⁶ Vgl. <http://www.limesregion.de>

⁶⁷ Vgl. Anlage 3.

Die Sachebene, die die materielle Seite der Lebensqualität ausmacht und die Grundbedürfnisse nach Arbeit und Versorgung abdeckt (z.B. Beruf, Haus, Nahrung). Die Beziehungsebene, auf der die emotionalen Bedürfnisse erfüllt werden (z. B. Familie, Freundschaft, Anerkennung und Geborgenheit) und die Sinnebene, die das Leben wertvoll macht und ihm Ziel und Zukunft gibt (z. B. „Sinn des Lebens“).

Diese drei Ebenen lassen sich problemlos auf die Gemeindeebene übertragen. So stehen die Sachebene z. B. für die Infrastruktur und öffentliche Einrichtungen, die Beziehungsebene insbesondere für das „Wir-Gefühl“ in der Gemeinde bzw. wie stehen die Bürger zueinander und die Sinnebene für das Ziel unserer Gemeinde, was wollen wir erreichen.

Lebensqualität entsteht aber nur dann, wenn die Bedürfnisse auf allen drei Ebenen erfüllt sind und zwischen Sinn, Sache und Beziehung eine Ausgewogenheit herrscht. Das Projekt Lebensqualität durch Nähe setzt dabei auf allen drei Ebenen gleichzeitig an und verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz. Das Projekt soll an den Bürgern der Gemeinden orientiert sein und sucht dabei die Stärken und Potentiale der Gemeinden. Diese Bewusstseinsbildung ist der wirksamste Weg zur Sicherung der Lebensqualität. Ziel ist es auch, die Solidarität in der Gemeinde, das „Wir-Gefühl“, zu stärken. Das Projekt beginnt dort, wo andere Konzepte aufhören, nämlich bei der Umsetzung! So sind im Regionalen Entwicklungskonzept (REK) Limesregion folgende vier Handlungsfelder genannt:

1. Dorfattraktivität und Stärkung der Wirtschaft:

Förderung von Maßnahmen, die zur Verbesserung des Ortsbildes und Wohnumfeldes beitragen sowie die Dorferneuerung und Dorfentwicklung unterstützen und die Dienstleistungs- und Servicebranche im ländlichen Gebiet durch Maßnahmen stärken. Im Bereich "Dienstleistung zur Grundversorgung" können in LEADER Kleinstunternehmen, Kleinunternehmen und mittlere Unternehmen gefördert werden.

2. Landschaftstourismus, Naherholung und Kultur:

Förderung von investiven und nichtinvestiven Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Inwertsetzung regional und lokal bedeutsamer kultureller / natürlicher Besonderheiten.

3. Verstärkte Nutzung regionaler Ressourcen und interkommunale Zusammenarbeit:

Förderung von Maßnahmen, die auf lokaler bzw. regionaler Ebene Beschäftigungsfelder im ländlichen Raum schaffen bzw. erhalten und die Entwicklung von Versorgungsmodellen für die ländliche Bevölkerung vorantreiben sowie die Qualifizierung und den Know-How-Erwerb unterstützen.

4. Landnutzung, Erhalt und Weiterentwicklung der Kulturlandschaft:

Förderung von Maßnahmen, die dem Biotop und Artenschutz, dem Zwecke des Naturschutzes, der Landschaftspflege, der Landeskultur sowie dem Schutz und Erhalt der Umwelt dienen.

So gibt es schon in vielen Kommunen der Limesregion diverse Maßnahmen, die die Lebensqualität durch Nähe verbessern. Es wurden Arbeitskreise mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Zielsetzungen gebildet. So werden z. B. in meinem Wohnort Ohrnberg, einem Stadtteil der Großen Kreisstadt Öhringen im Hohenlohekreis, regelmäßig Veranstaltungen und Projekte im Rahmen von LQN durchgeführt. So wurde ein kleiner Wochenmarkt etabliert, da es kein Verkaufsgeschäft mehr vor Ort gibt. Die Resonanz ist überwältigend und hat geholfen, dass sich auch andere Dinge im Ort bewegt haben, der Zusammenhalt besser geworden ist und auch weitere Maßnahmen auf den Weg gebracht werden.⁶⁸

Gerade für die Herausforderungen des demografischen Wandels ist das LQN-Projekt ein Anfang und kann helfen, die vorhandenen Chancen zu nutzen und vor allem den älteren Mitmenschen eine wichtige Hilfestellung im täglichen Leben des Ländlichen Raums zu sein.

Da die Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall zur Limesregion gehören, sollte man überlegen, ob man noch während der Förderphase einige Projekte auf den Weg bringen kann, die die Lebensqualität in den Kommunen weiter bringt, die Orts- und Dorfentwicklung fit für die Zukunft gemacht wird, und so der Weg in eine nachhaltige Zukunft unterstützt wird.

⁶⁸ Vgl. Anlage 4, Anlage 5.

6. Strategie für die Kommunen ⁶⁹

Die Kommunen und Verwaltungsgemeinschaften müssen sich rechtzeitig den demografischen Herausforderungen stellen und gemeinsam handeln. Nur eine Gemeinde, die in Zukunft in der Sache selbstbestimmend agiert und nicht nur reagiert, wird die Herausforderungen aber auch die Chancen haben,entwicklungsfähig zu sein. Allgemeingültige Lösungen gibt es nicht, da jede Kommune in einer anderen Region andere Regeln, Umstände und Voraussetzungen hat. Aber eines haben alle gemeinsam: Die Effekte des demografischen Wandels, von den Veränderungen der Bevölkerungszahlen über die Altersstruktur bis hin zu Wanderungsbewegungen überlagern sich und bedingen vor Ort eine ausgesprochen komplexe Dynamik.

Im täglichen Leben benötigt man eine Kommunalpolitik, die bei sämtlichen Entscheidungen auch die Auswirkungen des demografischen Wandels berücksichtigt. Lösungen, die sich an den Eigenarten und ortsspezifischen Gegebenheiten orientieren, müssen erarbeitet und umgesetzt werden. Vermutlich aus Unwissenheit über den örtlichen demografischen Entwicklungspfad orientieren sich immer noch viele kommunalpolitische Entscheidungsträger mit der kleinräumigen Konkurrenz und dem Wachstum, als an die zu erwartenden Rahmenbedingungen des demografischen Wandels zu denken.⁷⁰

Für die Kommunen bedeutet dies auch ein Umdenken: Weg vom sog. Kirchturmdenken, das vor allem an den relativ kurzen Wahlperioden orientiert ist, hin zu einer zukunftsfähigen Planung in einer Vielzahl kommunaler Handlungsfelder in ressortübergreifender Zusammenarbeit. Die wichtigsten Punkte wurden bereits in vorangegangenen Kapiteln aufgezeigt. Eine Kommune kann sich aber nicht um alle Themenfelder kümmern. So müssen zuerst die Ziele und die jeweilige Priorität festgelegt oder vorrangige Projekte beschrieben werden, die umgesetzt werden sollen / müssen. Es stellt sich die Frage, wie vorzugehen ist. Wie verläuft ein solcher Prozess, bei dem möglichst viele lokale Akteure eingebunden sein sollen? Wie

⁶⁹ Vgl. Bertelsmann-Stiftung – Wegweiser Demografischer Wandel 2020, S. 187 ff.

⁷⁰ Vgl. Aus Politik und Zeitgeschichte, 21-22 / 2006.

werden die verschiedenen Zielgruppen einbezogen? Wie wird die Öffentlichkeit informiert? An welcher Stelle sind strategische Entscheidungen der Politik notwendig?⁷¹ Die Bertelsmann-Stiftung hat versucht, diese Fragen zu beantworten und den Kommunen mit dem Strategiezyklus Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Veränderungsprozesse gestaltet werden können. Des Weiteren ist eine klare Fokussierung auf die kommunalen Prozesse eine notwendige Grundlage für ein solches Vorgehen. Die Veränderungsprozesse müssen dabei ressortübergreifend gestaltet werden, denn es ist entscheidend, wie die Fachressorts, auch in Zusammenarbeit mit externen Beratern, das Know-how bündeln und in eine gemeinsame, für die Kommune zukunftsweisende und vor allem demografierobuste Gemeindepolitik einfließen lassen.

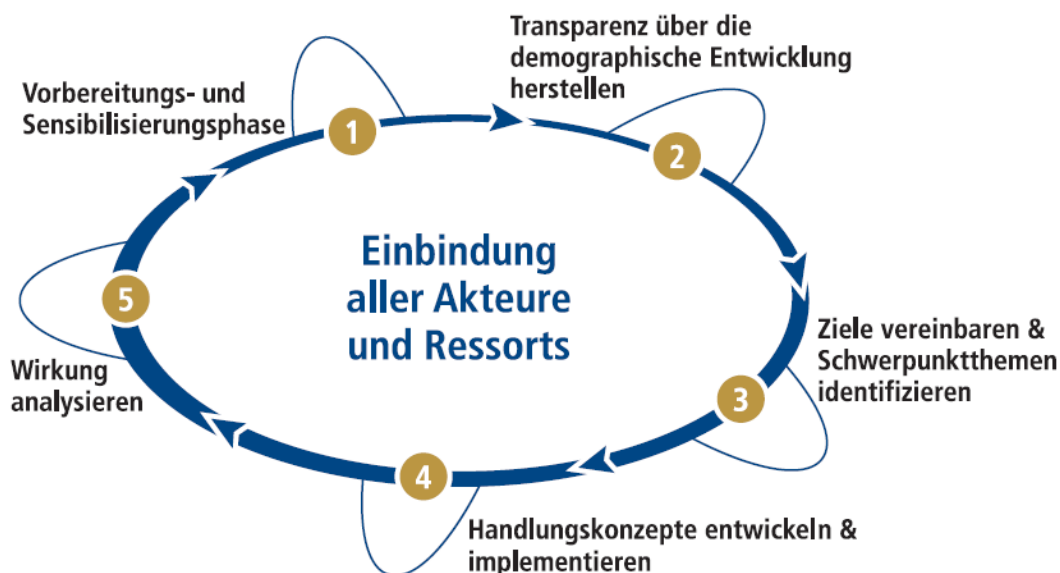


Abbildung 7:⁷²

Strategiezyklus für die Entwicklung einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie

Die Länge des Zyklus sollte sich dabei an der jeweiligen Dynamik des wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Wandel in den Kommunen orientieren. Je schwächer und konstanter demnach der Wandel ist, desto intensiver können Analyse, Reflexion und Optimierung der Maßnahmen

⁷¹ Vgl. Bertelsmann-Stiftung – Handlungsansätze für die kommunale Praxis, S. 34.

⁷² Vgl. Bertelsmann-Stiftung, Wegweiser demografischer Wandel 2020, S. 188.

mit Erfolgskontrolle erfolgen. Je dynamischer der Wandel und je häufiger die vergangenen, aktuellen und zukünftig erwarteten Strukturbrüche, desto kürzer sollten die Zyklen verlaufen und desto erfahrungsbasierter sollte der Zukunftsdialog organisiert werden. Aus pragmatischen Erwägungen heraus ist es wichtig, dass sich der Zyklus am Haushaltsjahr der Gemeinde orientiert.

6.1 Vorbereitung und Sensibilisierung

Der demografische Wandel ist ein enorm komplexes, breitgefächertes und zugleich wichtiges Themenfeld, das die Verwaltungen nicht völlig alleine stemmen können. Alle in der Kommune sind aufgefordert mit zu machen, denn es kommt auf die Zusammenarbeit der Familien, Kirchen, Vereine und Verbände, von Unternehmern und sozialen Trägern an, um zu guten und tragfähigen Lösungen zu kommen.

Die Verwaltungsgemeinschaft muss zu allererst überlegen, wie sie das Thema in die jeweiligen Köpfe platziert und wie vor allem die Öffentlichkeit mit den verschiedenen Zielgruppen erreicht werden soll. Man muss die Menschen, die es ja schließlich auch angeht, sensibilisieren. Kommunen, die dies bereits schon hinter sich haben, berichteten, dass man mit einer „Kick-Off-Veranstaltung“ (Auftakt) sehr gut die breite Öffentlichkeit erreicht. Hierzu sollten auch externe Referenten gewonnen werden, die die Bedeutung des demografischen Wandels mit all seinen Auswirkungen auf die Kommunen an Beispielen darstellen können. Es muss Betroffenheit erzeugt werden, damit die Wichtigkeit dieses Themas den Bürgern vor Augen geführt wird. Die Verwaltung muss dabei klar Stellung beziehen und dokumentieren, dass dies ein langfristig angelegter Akzent in der Ausrichtung des kommunalen Handelns bedeutet. Die lokalen Akteure müssen dabei begeistert werden und es muss eine positive Aufbruchstimmung herrschen. („Zeit, etwas zu unternehmen“).

Dabei sind für die weitere Gestaltung des gesamten Prozessverlaufes folgende zwei Punkte von entscheidender Bedeutung:

1. Akteursportfolio:

In dieser Phase ist bereits wichtig, ein sog. Akteursportfolio zu erarbeiten. Das Portfolio soll dabei bereits alle Personen erfassen, die bei der Gestaltung des demografischen Wandels in der Kommune und Verwaltungsgemeinschaft bedeutsam sind. Dieses sind in erster Linie die handelnden Akteure und Verbündeten, aber auch Skeptiker und Widerständler. Dies ist ein wichtiger Grundstein und sollte im gesamten Prozess fortgeschrieben werden, um so zielgruppenspezifisches Arbeiten zu ermöglichen. Darüber hinaus macht es die bestehenden oder neu zu gründenden Netzwerke deutlich.

2. Intelligente Kommunikation:

Miteinander reden ist in jeder Lebenslage wichtig und schafft vor allem Vertrauen. Besonders aber beim Thema demografischer Wandel ist es entscheidend, dass während des gesamten Prozesses viel und offen kommuniziert wird. Demografie verführt oft zu einer sehr umfassenden Darstellung der Sachverhalte. Wichtig bei solchen Veranstaltungen ist es, die Problematik kurz, knapp und prägnant darzustellen, da eine zu inhaltstiefe Darstellung schnell ermüdend wirkt und eben keine positiven Signale aussendet. Langfristige Weichenstellungen müssen vorgenommen werden und nicht die Detailsteuerung alltäglicher und greifbarer Probleme. Die Entscheidungsträger, die Kommunalverwaltungen und die lokalen Akteure müssen frühzeitig miteinander in den Dialog treten.

Unterschiedliche Akteure können nur durch eine adressenorientierte Information und Kommunikation der Inhalte auf Dauer motiviert und eingebunden werden.

6.2 Transparenz herstellen

Die Ausgangslage in den Kommunen muss klar sein, um auf die Herausforderungen des demografischen Wandels eingehen zu können. Man benötigt dazu eine genaue Analyse der Trends und der Entwicklungen vor Ort. Die benötigten Daten und Informationen sollten dazu aus den jeweiligen Ressorts zusammengetragen werden. Hierfür würde sich z. B. eine

Projektgruppe anbieten, die auch mit externen Akteuren zusammenarbeiten muss. Mit diesen Daten lässt sich ein Demografiebericht erstellen, der die Grundlage für das weitere Vorgehen darstellt.

In dieser Phase werden die Ausgangslage vor Ort mit den jeweiligen Ursachen, Trends und Wirkungsverläufen analysiert, sowie erste Einflussmöglichkeiten und Stellschrauben identifiziert. Aufgrund von vorliegenden Prognosen und Trends soll dabei die aktuelle Situation und die zukünftige Entwicklung betrachtet werden. Man muss den Dingen auf den Grund gehen, um Hand in Hand mit den Verbündeten und den vorhandenen Netzwerken die ersten Handlungsansätze zu erkennen. Denn um später die herausgearbeiteten Ziele zu priorisieren und umzusetzen und eine kommunenspezifische Strategie zu entwickeln, benötigt man eine Analyse und Transparenz der demografischen Situation.

Ein gesamtstrategisches Konzept macht allerdings nur Sinn, wenn es auf der Analyse des Ist-Zustandes aufgebaut ist sowie gesamtkommunale und auch quartiersbezogene Analysen miteinander verknüpft. Wenn als Beispiel nun eine Kommune von starker Schrumpfung aufgrund Abwanderungen betroffen ist, so müssen die Gründe untersucht werden. Sind in Nachbargemeinden die Baulandpreise günstiger oder gibt es Zuschüsse? Gibt es bei Fernwanderungen in eine andere Region eine bessere Arbeitsplatzsituation? Solche Fragen müssen genauestens untersucht und geklärt werden, erst dann können Prognosen über eine zukünftige Einwohnerentwicklung erfolgen und / oder Szenarien der verschiedensten Arten erstellt werden.

Die Ziele in dieser Phase sind dementsprechend das Herstellen der Transparenz über die demografische Entwicklung vor Ort, das Festlegen einer gemeinsamen Datenbasis für die Kommune, das Schärfen des Problembewusstseins anhand konkreter Beispiele, das Herausarbeiten von Einflussmöglichkeiten sowie das Verdeutlichen der Chancen.

6.3 Ziele und Strategien entwickeln

Schwerpunkt der Ziel- und Strategieentwicklung liegt darin, die Daten und Informationen zu interpretieren sowie Zielsetzungen festzulegen und zu priorisieren. Dabei sollte man vor Ort geeignete Arbeitsformen und –foren entwickeln und die handelnden Akteure gemeinsam mit den Kommunen in einen Zukunftsdialog treten. Dabei stehen die Identifizierung von Schwerpunktthemen, die Entwicklung gemeinsamer und integrativer Zielvorstellungen sowie die Erarbeitung langfristiger, auch thematisch umfassender integrierter Entwicklungskonzepte im Mittelpunkt. Auf Basis der absehbaren demografischen Veränderung sollen hier bereits alternative Vorgehensweisen entwickelt werden. Man benötigt dazu einen zukunftsffenen Umgang mit sog. Umfeldszenarien, in denen die Handlungsalternativen benannt und Entwicklungschancen dargestellt werden. Dazu kann ein Workshop hilfreich sein, der die unterschiedlichen Auffassungen sammelt und koordiniert. In ausgewählten Bereichen sollten bereits jetzt Handlungsoptionen simuliert werden, um das Setzen von Prioritäten besser nutzen zu können. Erste Handlungsfelder für die Gestaltung des demografischen Wandels werden benannt. In dieser Phase ist eine professionelle externe Beratung und Begleitung fast unumgänglich, da eine Kommune mit ihren Akteuren dieses alleine nicht leisten kann.

Daraus wiederum können dann auf die Zukunft zugeschnittene Anpassungs-, Präventions- und Eventualstrategien entwickelt sowie Visionen und konkrete Ziele vereinbart werden. Dies bedeutet, dass man die Gemeinde intensiv betrachtet und gemeinsam mit den handelnden Personen die Schwerpunkte der Entwicklungen analysiert. Wenn man Ziele definiert hat, kann man daraus politische Strategien ableiten, an denen sich kommunale Handlungsstrategien orientieren können. Wird nun z. B. als Ziel „wir wollen weiter wachsen“ verfolgt, lässt sich die Strategie ableiten, dass man Maßnahmen zur Standortattraktivität ergreifen muss. Diese Maßnahmen können schon sehr vielschichtig sein und sich auf Familien und auf den Arbeitsmarkt beziehen.

Die Ziele lauten: Am Ende des Dialoges ein gemeinsames Problemverständnis schaffen, sowie Ziele und Schwerpunktthemen erarbeiten und politisch vereinbaren. Dabei sind Prioritäten zu setzen und mögliche Entwicklungen in den Kommunen und im Landkreis zu betrachten.

6.4 Handlungskonzepte erarbeiten und umsetzen

Hier kommt es nun darauf an, für die in der vorangegangenen Phase entwickelten Strategien, politische Entscheidungen über das tatsächliche Vorgehen zu treffen und dann konkrete Projekte umzusetzen. Die gesammelten Erfahrungen können genutzt werden, um sich auf zukünftige Entwicklungen besser vorzubereiten. So können Kommunen ihre Organisationsstruktur langfristig anpassen. Das strategische Management des Themas Demografie ist in dieser Phase ein wichtiges Element.

Es werden nun konkrete Projekte und Maßnahmen formuliert und in den Ressourcenplanungen abgesichert. Bestehende Projekte können angepasst und mit neuer Priorität versehen werden. Ein besonderes Augenmerk sollte man dabei auf Pilot- bzw. Leuchtturmprojekte haben. Diese zeigen anschaulich, wie gemeinsame Zielvorstellungen umgesetzt werden, geben weitere Impulse, erzeugen nicht nur bei den Bürgern viel Aufmerksamkeit, können öffentlich kommuniziert werden und wirken dabei integrativ. Angesichts der Vielfalt von Möglichkeiten kommt es bei der Entwicklung und Umsetzung von den erarbeiteten Handlungskonzepten darauf an, nur einige wenige Pilotprojekte auszuwählen. Man kann damit verdeutlichen, wie komplexe Themen in konkrete, machbare und umsetzungsfähige Projekte münden.

Allerdings ist jedem klar, dass die Prioritäten über die jeweilige Haushalts- und Finanzplanung gesteuert werden. Für die Gestaltung des demografischen Wandels in den Kommunen muss deshalb darauf hingewirkt werden, dass Entwicklung und Finanzen besser koordiniert und Investitionsprioritäten strategisch integriert werden. Die Strategien müssen unbedingt bei der Aufstellung des kommunalen Haushaltes mitbeachtet und dort eingebettet werden. Da die Folgen des demografischen Wandels die Wahlpe-

rioden zeitlich um ein vielfaches übersteigen, ist es notwendig, dass die Politik in einen intensiven Dialog tritt.

Die Ziele in dieser Phase sind das Umsetzen, Modifizieren oder die Neuentwicklung von konkreten Projekten und das Absichern der Prioritäten im Haushaltsplan. Wichtig sind das intensive Weiterführen des Dialogs mit den lokalen Akteuren und die Kommunikation über den Fortgang der Projekte.

6.5 Langfristige Wirkungen analysieren und bewerten

In dieser Phase werden die Wirkungen der Maßnahmen analysiert, also eine Erfolgsbewertung durchgeführt. Dies geschieht am besten durch ein Controlling, in dem die gesetzten Ziele regelmäßig überprüft und modifiziert werden. Für die Ausrichtung der Kommune und für eine gemeinsame Reflexion sind jährliche Strategieworkshops anzusetzen, an denen alle Beteiligten, vom Kommunalpolitiker und der Verwaltung über Fachleute und Wirtschaftsvertretern, über Sozialverbänden, Schulen und Kindergärten bis hin zu Journalisten und Vertretern von Seniorenheimen teilnehmen sollen.

Die Schlüsselfragen lauten: Welches Ergebnis haben die Maßnahmen vorzuweisen und sind irgendwelche Nachbesserungen vorzunehmen oder muss sogar irgendwo gegengesteuert werden? Welche Maßnahmen führten zu welchem Ergebnis? Gab es Erfolge und wurde damit die demografische Entwicklung beeinflusst? Eine brauchbare Beantwortung und Auswertung dieser Fragen ist allerdings erst viele Jahre nach der jeweiligen Umsetzung möglich.

Die Bewertung von Einzelmaßnahmen im Laufe der Zeit geschieht durch einen Demografie-Bericht, welcher einmal für die Ausgangslage erarbeitet wird und dann in regelmäßigen Abständen, mindestens einmal jährlich, aktualisiert wird, um auch weitere Handlungsbedarfe aufzuzeigen.

7. Fazit

In der Verwaltungsgemeinschaft Schwäbisch Hall wird sich der demografische Wandel ebenfalls auswirken und zu spüren sein, auch wenn man sich in einer vergleichsweise guten Situation befindet. Schwäbisch Hall zählt mit zu der jüngsten Bevölkerung in Baden-Württemberg, und trotzdem wird der demografische Wandel nahezu alle politischen Handlungsfelder erfassen. Bei vielen kommunalpolitischen Akteuren führt die Sensibilisierung des Themas demografischer Wandel zu der Frage: „Und was machen wir jetzt?“ die Antworten sind nicht leicht und müssen immer vor Ort gesucht und gefunden werden. Lokale Zielsetzungen sind gefordert, da die Bedingungen und Trends sehr kleinräumig variieren.⁷³

Es ist nun an der Zeit, die Aufgaben zu verteilen und in Zusammenarbeit mit möglichst vielen politischen, wirtschaftlichen und auch privaten Akteuren gemeinsam und frühzeitig den demografischen Wandel als Chance zu begreifen und die Verwaltungsgemeinschaft zukunftssicher auszurichten. Nur so wird man frühzeitig eine gestaltende Zukunftsvorsorge treffen können. Die interkommunale Zusammenarbeit und Kooperation zwischen den beteiligten Gemeinden ist dabei von immenser Bedeutung. Die Möglichkeiten, das Heft des Handelns in der Hand zu halten und die Gestaltungsmöglichkeiten aktiv zu nutzen, dürfen nicht vernachlässigt werden, auch wenn der Handlungsdruck aus heutiger Sicht noch nicht allzu groß erscheint. Des Weiteren muss frühzeitig auf die heranstehenden Herausforderungen des demografischen Wandels reagiert werden, um auch die bereits heute schon absehbaren Folgen zumindest abfedern zu können. So muss man auf der einen Seite notwendige Veränderungsmaßnahmen, die durch die Alterung der Bevölkerung entstehen anpassen und auf der anderen Seite, z. B. durch kinder- und familienfreundliche Angebote Präventionsmaßnahmen treffen. Hier sind detaillierte Absprachen zwischen den Verwaltungen notwendig und unabdingbar. Deutlich ist in jedem Fall, dass die strukturellen, sozialen und demografischen Veränderungen zukünftig eine zentrale Herausforderung für die Kommunen darstellen und

⁷³ Vgl. Bertelsmann-Stiftung, Wegweiser demografischer Wandel 2020, S. 192.

der wirtschaftliche Aufschwung der Gesellschaft durch diese negative demografische Entwicklung ebenso erheblich beeinflusst wird.

Eine Hilfe kann das angesprochene LQN-Projekt sein, denn hier werden die Bürger selbst zu Akteuren. Durch verschiedene Aktionen der Arbeitskreise wird viel für das Wohlbefinden und den Zusammenhalt im Wohnort getan und es macht Spaß, ein Ergebnis zu präsentieren, bei dem man selbst mitgearbeitet hat.

Da man einmal Geschehenes nicht einfach ungeschehen und einmal Versäumtes nicht einfach nachholen kann, wird die allgemeine Herausforderung in Zukunft weniger in der abnehmbaren Größe der Bevölkerung, sondern vielmehr im allseitigen Erkennen und vor allem Akzeptieren der bevorstehenden Situation liegen. Darauf aufbauend wird man sehen, ob man nun anfängt zu agieren und das Heft des Handelns in der Hand hält, oder auf Veränderungen mit Aktionismus reagiert.

Eines sollten wir uns dabei stets vor Augen halten: Wir sind heute die Jungen und werden in der beschriebenen Zukunft von morgen selbst die Alten sein. Aus diesem Grund sollten wir frohen Mutes die Gestaltung der Zukunft in die Hand nehmen und die Chancen sehen, die sich daraus ergeben. Wir selbst können jetzt die Weichen stellen, wie wir einmal im Alter leben wollen.

V. Anlage 1

Auszug Geburtenzahlen – Daten für Kindergartenbedarfsplan 2010

Seite VI - XXX siehe pdf-Dokument

VI. Anlage 2

Auszug Geburtenzahlen – künftige Grundschüler der städtischen
Grundschulen

Seite XXXI – XXXVII siehe pdf-Dokument

VII. Anlage 3

Lebensqualität durch Nähe im Rahmen von LEADER in der Gemeinde
Fichtenberg

Seite XXXVIII – XLI siehe pdf-Dokument

VIII. Anlage 4

LQN-Gruppe 1 – Themen und Projektübersicht

Seite XLII – XLIV siehe pdf-Dokument

IX. Anlage 5

Artikel der Hohenloher Zeitung vom 10.09.2010

Seite XLV – XLVI siehe pdf-Dokument

X. Literaturverzeichnis

Bachmaier, Helmut (Hrsg.):

Der neue Generationenvertrag, Göttingen 2005.

Berger, Peter A. / Kahlert, Heike (Hrsg.):

Der demographische Wandel – Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse, Frankfurt am Main 2006.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung:

Die demografische Lage der Nation – Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? , München 2006.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung:

Die demografische Zukunft von Europa – Wie sich die Regionen verändern, München 2008.

Bertelsmann-Stiftung – Aktion demografischer Wandel:

Demographie konkret – Handlungsansätze für die kommunale Praxis.

Bertelsmann-Stiftung – Aktion demografischer Wandel:

Demografie konkret – Seniorenpolitik in den Kommunen.

Bertelsmann-Stiftung – Aktion demografischer Wandel:

Wegweiser Demografischer Wandel 2020 – Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden, Gütersloh 2006.

Birg, Herwig:

Die ausgefallene Generation – Was die Demographie über unsere Zukunft sagt, 2. Auflage, München 2006.

Birg, Herwig:

Die demographische Zeitenwende – Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa, 4. Auflage, München 2005.

Birg, Herwig (Hrsg.):

Demographische Entwicklung und gesellschaftliche Planung, Frankfurt am Main / New York 1983.

Buck, Hartmut / Schletz, Alexander (Hrsg.):

Wege aus dem demographischen Dilemma durch Sensibilisierung, Beratung und Gestaltung, Stuttgart 2001.

Bundeszentrale für politische Bildung:

Informationen zur politischen Bildung, Heft 282, Bevölkerungsentwicklung, Bonn 2004.

Bundeszentrale für politische Bildung:

Aus Politik und Zeitgeschichte – Kommunen im Wandel, 21-22 / 2006, Bonn 2006.

Dettling, Daniel (Hrsg.):

Die Zukunft der Bürgergesellschaft – Herausforderungen und Perspektiven für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft - Festschrift für Warnfried Dettling, Wiesbaden 2008.

Dienel, Christiane (Hrsg.):

Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung – Ursachen und Folgen des Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland, Wiesbaden 2005.

Döring, Walter:

Grundkurs Demografie – Eine Einführung, Schwäbisch Hall 2008.

Der Duden:

Der kleine Duden - Fremdwörterbuch, 9. Auflage, Mannheim 2009.

Deutsche Rentenversicherung Bund:

Rentenversicherung in Zahlen 2010.

Esenwein-Rothe, Ingeborg:

Einführung in die Demographie, Wiesbaden 1982.

Frevel, Bernhard (Hrsg.):

Herausforderung demografischer Wandel, Wiesbaden 2004.

Gemeinde Fichtenberg:

Lebensqualität durch Nähe im Rahmen von LEADER in der Gemeinde Fichtenberg – Anlage 4.

Geml, Richard / Lauer, Hermann:

Das kleine Marketing-Lexikon, 4. aktual. und überarb. Auflage, Düsseldorf 2008.

Hermann, Winfried / Proschek, Eva / Reschl, Richard:

Lokale Agenda 21 – Anstöße zur Zukunftsfähigkeit – Handreichung für eine reflektierte Handlungspraxis, Stuttgart 2000.

Hohenloher Zeitung:

Artikel vom 10.09.2010 – Anlage 3.

Informationen zur Raumentwicklung:

Heft 3 / 4 2004, Raumordnungsprognose 2020.

Kaufmann, Franz-Xaver:

Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen, Frankfurt am Main 2005.

Kistler, Ernst:

Die Methusalem-Lüge – Wie mit demographischen Mythen Politik gemacht wird, München 2006.

Reschl, Richard:

Skript zur Lehrveranstaltung Soziologie.

Robert-Bosch-Stiftung:

Familie und demografischer Wandel.

Roloff, Juliane:

Demografischer Faktor, Hamburg 2003.

Schäfers, Bernhard / Zapf, Wolfgang (Hrsg.):

Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Bonn 1998.

Schinkel, Philipp:

Demografischer Wandel in Deutschland – Herausforderungen für unsere Gesellschaft, Saarbrücken 2007.

Schirmacher, Frank:

Das Methusalem-Komplott, München 2004.

Schubert, Klaus / Klein, Martina:

Das Politiklexikon. 4., aktual. Aufl. Bonn 2006.

Sibum, Doris / Kreibich, Rolf / Burgdorff, Frauke (Hrsg.)

Machtlos – Macht nix? – Kommunen unter Druck, Baden-Baden 2000.

Stadt Schwäbisch Hall:

Fachbereich Jugend, Schule und Soziales – Abt. Finanzen und Statistik
Anlagen 1 und 2.

Statistisches Bundesamt:

12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung 2009.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:

Statistisches Monatsheft 03 / 2005.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:

Statistisches Monatsheft 02 / 2007.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:

Statistik aktuell, 2008.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:
Statistische Analysen 01 / 2009.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:
Statistisches Monatsheft 01 / 2009.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:
Statistisches Monatsheft 04 / 2009.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:
Presseheft 06 / 2009.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:
Statistisches Monatsheft 02 / 2010.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:
Statistisches Monatsheft 03 / 2010.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:
Statistisches Monatsheft 05 / 2010.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:
Statistisches Monatsheft 07 / 2010.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:
Statistik aktuell, 2010.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:
Pressemitteilung 240 / 2010.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:
Pressemitteilung 256 / 2010.

Walla, Wolfgang / Eggen, Bernd / Lipinski, Heike:
Der demographische Wandel – Herausforderungen für Politik und Wirtschaft, Stuttgart 2006.

Werz, Nikolaus (Hrsg.):
Demografischer Wandel, Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaften (DGfP), Band 25, Baden-Baden 2008.

Internet-Quellen:

http://de.wikipedia.org/wiki/Schwäbisch_Hall

abgerufen am 03.09.2010 – Abbildung 4.

<http://www.statistik-bw.de>

http://www.stala.bwl.de/GesundhSozRecht/Landesdaten/Pflege/Pflege_13.asp

abgerufen am 23.08.2010 – Abbildung 6.

<http://www.arbeitsagentur.de> (Bundesagentur für Arbeit):

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Agenturen-Nav.html>

Informationen abgerufen am 03.09.2010.

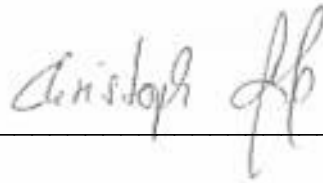
<http://www.limesregion.de>

Informationen abgerufen am 09.09.2010.

XI. Erklärung

Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen angefertigt habe.

Ohrnberg, 12. September 2010

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Christoph Spieles', written over a horizontal line.

Christoph Spieles